

*
*
*
*
*
*
*
*

OSKAR WEGGEL

Die chinesisch-vietnamesischen Auseinandersetzungen um das Südchinesische Meer und um den Golf von Tonkin

- Ein Beitrag zur systematischen

Abwägung der Argumente -

*
*
* * * * *

Der "Paracel-Krieg" hat sich im Januar 1984 zum zehnten Mal gejährt. Zahlreiche Abhandlungen sind darüber geschrieben worden - fast alle aus chinesischer Perspektive und unter Vernachlässigung der vietnamesischen Argumentation. Der vorliegende Beitrag möchte u.a. als eine Art "Wiedergutmachung" in dieser Hinsicht verstanden werden.

1. Drei Arten von Grenzstreitigkeiten im chinesisch-vietnamesischen Konfliktspektrum

Der chinesisch-vietnamesische Grenzstreit umfaßt drei Abschnitte, nämlich die gemeinsame Landgrenze mit einer Länge von 1.347 km, des weiteren die Frage der Archipele Paracel und Spratly im Südchinesischen Meer und drittens die Abgrenzung im Golf von Tonkin.

Was die Landgrenze anbelangt, so bestehen hier verhältnismäßig klare Abmachungen zwischen der ehemaligen französischen Kolonialregierung und der chinesischen Qing-Dynastie. Beide Seiten legten den chinesisch-vietnamesischen Grenzverlauf in den Jahren zwischen 1886 und 1897 fest. 1887 einigten sie sich über die Grenzziehung und 1895 über den "Nachtrag" zu den Grenzziehungen. In den Jahren 1957 und 1958 wechselten die Zentralkomitees der beiden KPs Briefe und erklärten sich bereit, die in den damaligen Vereinbarungen festgelegten Grenzlinien zu respektieren (1). Der Status quo an der Grenze solle aufrechterhalten und jede eventuelle Grenzstreitigkeit von beiden Regierungen im Wege von Konsultationen gelöst werden. Die lokalen Behörden in den Grenzge-

bieten sollten sich über die Fragen der Grenzsicherheit, der Grenzkontrolle, des Handels und des Besucheraustausches einig werden sowie Streitigkeiten zwischen Grenzbewohnern schlichten - auf keinen Fall aber über die Grenze selbst verhandeln dürfen!

2. Bis heute zwei Grenzverhandlungsrunden

Bis heute ist es zwischen China und Vietnam zu zwei Grenzverhandlungsrunden gekommen, nämlich im August 1974 und im Oktober 1977. Die Territorialgrenze spielte dabei so gut wie keine, die Abgrenzung der Hoheitsgewässer im Golf von Tonkin dagegen eine alles beherrschende Rolle. Entlang der Landgrenze ist es zwar unruhig und es kommt fast täglich zu militärischen Auseinandersetzungen, doch haben diese Zwischenfälle nicht oder nur am Rande mit Grenzfragen im engeren Sinne zu tun, obwohl Vietnam vor allem nach dem chinesischen "Erziehungsfeldzug" vom Februar/März 1979 auch Grenzverletzungen als solche hervorgehoben hat. In einem Memorandum des vietnamesischen Außenministeriums vom 15. März 1979 wird betont, daß die "reaktionären Regime" Chinas vor 1949 sich bereits an sechzig Stellen vietnamesisches Territorium angeeignet hätten. Seit 1949 seien die Chinesen an "mehr als neunzig Plätzen über die Grenzlinie vorgedrungen". Acht Formen dieses Vordringens werden aufgezählt: grenzüberschreitende Landwirtschaftstätigkeit chinesischer Bauern, Aufbau von "Freundschaftsprojekten", die in vietnamesisches Gebiet hineinreichen (z.B. Eisenbahnstrecken, Straßen und Brücken), einseitige Anlage von Bauwerken über die chinesische Grenze hinaus, "Ausleihen" vietnamesischen Territoriums, das sodann in "chinesisches" umgewandelt wird, Vorsetzen der Grenzsteine, Anlage von Grenzstraßen, die auf vietnamesisches Gebiet hinüberlaufen, Anfertigung von Landkarten mit falschen Grenzangaben und Entfaltung von Truppenverbänden entlang der Grenzen (2).

Die Vorwürfe des "Nagens am vietnamesischen Territorium" werden auch 1984 noch wiederholt (z.B. im "Kommunique der Kommission für die Erforschung der Kriegsverbrechen der chinesischen Expansionisten und Hegemonisten gegen Vietnam") (3).

China hatte die zweite Runde der Grenzverhandlungen eigentlich bereits am 18. März 1975 vorgeschlagen, erhielt aber von der vietnamesischen Seite am 12. April 1975 den Bescheid, daß angesichts der militärischen Auseinandersetzungen mit Südvietnam der gegen-

wärtige Zeitpunkt nicht genehm sei. So kam es erst am 7. Oktober 1977 zu Verhandlungen in Beijing. Beide Seiten stimmten darin überein, daß die Verträge von 1887 und 1895 maßgebend geblieben seien, doch sollen sich - vietnamesischen Angaben zufolge - die Chinesen geweigert haben, über die Golf-Frage zu verhandeln und stattdessen vorgeschlagen haben, sich ganz auf die Landgrenze zu konzentrieren (4). Die vietnamesische Seite legte damals einen Entwurf für ein umfassendes Grenzabkommen vor, das von den Chinesen jedoch nicht unterzeichnet wurde (der Entwurf ist übersetzt in C.a., Mai 1979, S.587 f.).

Trotz aller Feindseligkeiten im Landgrenzenbereich konzentrieren sich die eigentlichen Grenzstreitigkeiten aber auf maritime Fragen. Diese seien nachfolgend ausführlich behandelt.

Vietnam hat maritime Abgrenzungsprobleme mit insgesamt fünf Staaten, nämlich mit China, Malaysia, Indonesien, Thailand (hier geht es um eine Fläche von rd. 7.600 qkm) und Kambodscha - mit letzterem wurde im Juli 1982 ein Abgrenzungsabkommen geschlossen, das allerdings von der international anerkannten Regierung Kambodschas, nämlich dem Demokratischen Kampuchea, abgelehnt wurde.

China andererseits hat Konflikte mit sieben Staaten, nämlich mit Vietnam, Malaysia, Indonesien, den Philippinen, Japan und Korea sowie - wenn man diese Auseinandersetzung nicht als innerstaatlichen Konflikt interpretieren will - mit Taiwan.

Die nachfolgende Darstellung konzentriert sich auf die chinesisch-vietnamesischen Auseinandersetzungen, die mit Abstand "am heißesten" sind und in die langfristige auch andere Mächte, u.a. die mit Vietnam verbündete UdSSR, hineingezogen werden könnten.

3. Die Auseinandersetzungen im Südchinesischen Meer

3.1. Bedeutung und Problematik des Südchinesischen Meers

Das Südchinesische Meer, das im Westen vom Festland und im Osten von einer Inselgirlande eingefafßt und deshalb verhältnismäßig geschlossen ist, bedeckt 3,4 Mio.qkm, also etwa dieselbe Fläche wie Mittelmeer und Schwarzes Meer zusammengenommen. Es grenzt an die Küsten Südchinas, Taiwans, Vietnams, der Philippinen, Malaysias und Indonesiens und erstreckt sich halbmondförmig zum Golf von Thailand hinüber. Zusam-

men mit der Malakka-Straße und der Andamanischen See bildet es den Hauptkanal, der den Pazifik mit dem Indik verbindet und in dem sich die verschiedensten Seefahrtsrouten aus Europa, Afrika, Mittelost, Südasien und den fernöstlichen Ländern zu einer Art maritimem Laser bündeln. Das Südchinesische Meer war seit Jahrhunderten ein Kreuzungsweg für den arabischen, indischen, persischen, chinesischen, malaiischen und indonesischen Seeverkehr. Seit dem 15. Jhd. tauchten dort auch die ersten Europäer, nämlich die Portugiesen, auf, denen Spanier, Holländer, Engländer, Franzosen, Deutsche und zuletzt die Amerikaner folgten. Während des 2. Weltkriegs stand das Südchinesische Meer weitgehend unter der Kontrolle Japans, das nach 1945 den USA Platz machen mußte, die ihre Basen auf Guam, in Okinawa, in Taiwan, auf den Philippinen und in Thailand errichteten und deren 7. Flotte für den östlichen Indik sowie für den Westpazifik, vor allem also auch für das Südchinesische Meer, "zuständig" ist.

Die Küsten- und Inselkurven im Südchinesischen Meer sind ineinander verschlungen wie ein Paragrafenzeichen. Aufgrund der radialen Anordnungen kommt es zwischen den einzelnen kontinentalen und insularen Anliegerstaaten bei konsequenter Anwendung des modernen Seerechts, vor allem des 200-sm-Prinzips zu außerordentlich diffizilen Überschneidungen, die schon dann schwierig zu lösen wären, wenn alle Beteiligten miteinander befreundet wären. Stehen sie sich aber noch mit rollenden Augen und mit schußbereitem Gewehr gegenüber, wie dies bei Vietnam und China der Fall ist, dann schürzt sich hier ein kaum noch zu lösender Konfliktknoten.

Seit 1979 gehört denn auch die Archipel-Frage mit zu den Hauptthemen des rituellen Schlagabtausches. Hauptausgangspunkt für das Hin und Her sind Argumente für und gegen die von Vietnam im September 1979 und im Januar 1982 veröffentlichten Weißbücher zur Frage der beiden Archipele.

Zwei Fragenkomplexe sind beim sino-sowjetischen Konflikt um territoriale Ansprüche auf das Südchinesische Meer auseinanderzuhalten, nämlich erstens die Frage der "Aufteilung" des Meeres als ganzem und zweitens des Streits um die beiden Archipele Paracel und Spratly.

3.2.

Die Ausdehnung der von beiden Kontrahenten beanspruchten Territorien im Südchinesischen Meer

Das Südchinesische Meer wird von

den Chinesen offiziell Nanhai ("Südmeer") und von den Vietnamesen Bien Dong ("Ostmeer") genannt. Der Autor benutzt in der vorliegenden Darstellung die allgemeine internationale Bezeichnung "Südchinesisches Meer".

Sein Bereich umfaßt, wie gesagt, eine Gesamtfläche von 3,4 Mio. qkm. Es ist ein flaches Meer, das die Festlandsockel praktisch zusammenwachsen läßt und in dem kein Quadratmeter "Hohe See" übrigbliebe, bestünden die Anliegerstaaten kompromißlos auf Maximalforderungen aus den Festlandsockel- und den Wirtschaftszonen-Titeln.

Angesichts der Flachheit des Meeres ragen zahlreiche Inseln aus dem Gewässer, die der Schifffahrt erhebliche Schwierigkeiten bereiten. An Archipelen sind vor allem vier Gruppen zu erwähnen, nämlich Paracel, Spratly, Macclesfield Bank und Pratas. Vietnam erhebt nur auf die beiden ersteren Ansprüche, China dagegen auf alle vier Gruppen.

Die Paracel-Inseln heißen auf chinesisches Xisha ("Westlicher Sand"), auf vietnamesisch Hoang Sa ("Gelber Sand"), die Spratly-Inseln auf chinesisches Nansha ("Südlicher Sand"), auf vietnamesisch Truong Sa ("Langer Sand"); die Macclesfield Bank wird von den Chinesen Zhongsha ("Mittlerer Sand") und Pratas Dongsha ("Östlicher Sand") genannt. Im folgenden werden aus "Neutralitäts"-Gründen ausschließlich die westlichen Ausdrücke benutzt.

Sämtliche Archipele weisen im großen und ganzen vier gemeinsame Eigenschaften auf: Sie sind Koralleninseln, besitzen ein niedriges Profil, insofern sie nur rd. 5-6 m über die Wasseroberfläche reichen, sie liegen an wichtigen Schiffsrouten zwischen dem Indik und dem Pazifik und sie sind beachtliche Rohstoffquellen: Neben gewaltigen Guano-Vorräten sind es vor allem die in den Nachbarbereichen vorhandenen Fischgründe sowie die überall vermuteten Öl- und Gasvorräte, die die Begehrlichkeit der umliegenden Staaten wecken.

Was nun die Ansprüche der beiden Kontrahenten China und Vietnam anbelangt, so hat das erstere seine Vorstellungen in zwei Schritten deutlich gemacht: Am 4. September 1958 legte die Regierung in Beijing in einer offiziellen Erklärung die Breite der chinesischen Hoheitsgewässer auf 12 sm fest und wies darauf hin, daß diese Bestimmung für das gesamte Territorium der Volksrepublik China gelte, u.a. auch die oben erwähnten vier Inselgruppen.

China sprach sich ferner seit Beginn der siebziger Jahre für exklusive Wirtschaftszonen in einer Breite von 200 sm aus. Allerdings beansprucht es diese Zone ausdrücklich nicht für sich selbst, sondern nur für solche Staaten und Staatengruppen der Dritten Welt, die entsprechende Forderungen erhoben hatten - man denke an die "Deklaration von Lima" oder an entsprechende Vorstellungen der karibischen Länder (5). Wenn China die 200-sm-Zone nicht für sich selbst beansprucht, so aus dem einfachen Grund, weil es sich im Bereich des Südchinesischen Meers mit 200 sm bei weitem nicht zufriedengibt, sondern das gesamte Meer beansprucht; dies wurde spätestens mit dem Jahr 1956 deutlich, als nämlich zum ersten Mal eine Karte des Südchinesischen Meeres publiziert wurde, in der Beijing graphisch seinen Anspruch auf das gesamte Südchinesische Meer (abzüglich schmaler Küstenstreifen anderer Staaten) vorstellte (6). Die in dieser "Urkarte" abgedruckten Hoheitslinien, die östlich von Taiwan beginnen, dann ganz knapp an die westlichen Inselgruppen der Philippinen heranzuführen, bis hinunter zur Küste Sarawaks verlaufen und dann in nördlicher Richtung bis unmittelbar an die südvietnamesische Küste heranreichen, sind seitdem unzählige Male nachgedruckt worden und erscheinen beispielsweise auch in dem für das Ausland bestimmten offiziellen Pinyin-Atlas von 1977 (6a).

Vietnam andererseits hat seine Ansprüche durch eine Regierungserklärung vom 20. Mai 1977 klargestellt, der - unter früheren Regimen - bereits zahlreiche Erklärungen vorausgegangen waren - man denke an die 20-km-Fischereizone von 1936 und an verschiedene südvietnamesische Erklärungen von 1965, 1967 und 1970, durch die das Küstenmeer auf 50 sm und die exklusive Ausbeutungszone auf 200 sm bzw. auf die Länge des gesamten vietnamesischen Festlandsockels beansprucht worden waren. Die nordvietnamesische Regierung hatte ebenfalls bereits eine meeresbezogene Erklärung herausgegeben und am 1. September 1964 ein Küstenmeer von 12 sm deklariert.

Nunmehr, am 12. Mai 1977, erging eine 7-Punkte-Erklärung, derzufolge das Küstenmeer auf 12 sm, die Anschließzone auf weitere 12 sm, eine exklusive Wirtschaftszone von 200 sm (gemessen von der "Basislinie" aus) und ein Anspruch auf das kontinentale Schelf angemeldet wurden (7). Diese vier Zonenrechte werden im übrigen - gemäß § 5 der Regierungserklärung - analog auf "alle Inseln und Archipele angewandt, die zum vietnamesischen

Territorium gehören und außerhalb der Küstengewässer liegen". Vietnam sei bereit, eventuelle Sonderprobleme in Verhandlungen mit anderen Staaten zu lösen (8).

Welches nun sind die in § 5 erwähnten "vietnamesischen" Inseln und Archipele? Auf alle Fälle gehören dazu Paracel- und Spratly-Archi-pele. Die Macclesfield Bank wird von Vietnam offensichtlich nicht beansprucht - ganz gewiß auch nicht Pratas, das ja in unmittelbarer Küstennähe zur chinesischen Provinz Guangdong liegt.

3.3.

Wie ist der Streit um die beiden Archipele Paracel und Spratly zu bewerten?

3.3.1.

Die Beschaffenheit der Archipele

Zum Paracel-Archipel gehören rund dreißig Inseln, Bänke und Riffe, die z.T. über, z.T. aber auch unter Wasser liegen. Im großen und ganzen umfaßt der Archipel zwei Gruppen - eine östliche Gruppe mit rund zehn Inseln, die zusammen "Amphitrite-Gruppe" genannt wird - nach einem französischen Schiff, das hier i.J. 1698 auf seinem Weg nach China strandete. Die westliche Gruppe - wegen ihrer besonderen Form auch "Halbmondgruppe" genannt - umfaßt acht Hauptinseln, darunter das von den Franzosen häufig erwähnte "Pattle".

Der Spratly-Archipel, der wesentlich weiter vom vietnamesischen - und erst recht vom chinesischen Festland -entfernt liegt als Paracel, umfaßt rund hundert Inseln und Riffe und erstreckt sich in seiner Gesamtausdehnung auf 160.000 qkm, womit dieser Archipel zwölfmal so groß ist wie die Paracelgruppe. Zur Spratlygruppe gehört u.a. die 0,6 qkm große Insel Itu Aba, auf der seit 1946 Truppen Taiwans stationiert sind. Während Spratly also wesentlich ausgedehnter ist als Paracel, sind umgekehrt die Paracel-Inseln flächenmäßig größer. Das umfangreichste Eiland des Paracel-Archipels - nämlich Lincoln -mißt 2 qkm, das größte der Spratlygruppe dagegen - nämlich das bereits erwähnte Itu Aba - nur 0,6 qkm.

Vietnam beansprucht beide Archipele aufgrund geologischer (beide seien natürliche Fortsetzungen der vietnamesischen Landmasse) und historischer Gründe, China dagegen offensichtlich nur aus historischen Gründen.

3.3.2.

Entscheidung wie ein Rechtsstreit (zur Methode der Darstellung)

Da das Vorbringen beider Seiten höchst differenziert ausfällt, da beide eine Fülle von Tatsachen

unterbreiten und zugleich rechtliche Bewertungen anstellen, wobei sie sich westlich-völkerrechtlicher Argumente bedienen, erscheint es zweckmäßig, diese Auseinandersetzung wie einen Rechtsstreit zu behandeln, also die vorgebrachten Fakten und Argumente in bestrittene und unbestrittene Behauptungen aufzugliedern und daran eine eigene rechtliche Bewertung zu knüpfen. Dieses Verfahren muß umso akzeptabler erscheinen, als ja beide Seiten ganze Heerscharen von Historikern angesetzt haben, um Fakten beizusteuern, die z.T. Jahrhunderte zurückliegen. Kein Stein blieb dabei ungewendet, kein Argument unbenutzt und kein Vorbringen des Gegners ungeprüft.

Der westliche Beobachter könnte hier auch bei größter Anstrengung kaum noch Neues beitragen und muß sich deshalb darauf beschränken, wie ein unvoreingenommener Richter die von beiden Seiten vorgebrachten Fakten zu ordnen und sie unter das westliche Völkerrecht zu subsumieren, das die beiden Streitparteien ja offensichtlich angewendet sehen wollen - zumindest geben sie dies in ihrer Argumentation vor; ob sie sich im Ernstfall einem gerichtlichen Spruch auch beugen würden, ist eine andere Frage. Merkwürdig nur, daß bisher keine der beiden Parteien auch nur eine Andeutung gemacht hat, sie wolle den Fall vor ein Internationales Gericht bringen.

3.3.3.

Das Vorbringen der beiden Streitparteien

Wegen der Fülle des Vorbringens sollen die einzelnen Fakten nachfolgend in drei große Abschnitte gegliedert werden, die die Zeiträume bis zur Mitte des 19.Jhdts. (Beginn der Kolonisierung Vietnams bzw. der "Subkolonisierung" Chinas), sodann die "kolonialen Jahrzehnte" bis zum Ende des 2.Weltkriegs und schließlich die vier Jahrzehnte danach umfassen.

Hierbei ist zunächst immer das chinesische Vorbringen und - gleichsam als Antwort darauf - die vietnamesische Replik darzulegen.

3.3.3.1.

Argumente aus der Zeit vor 1850

3.3.3.1.1.

Das chinesische Vorbringen:

"Spätestens seit der Tang-Zeit..." China behauptet, daß die beiden Archipele "von alters her" chinesisches Territorium seien. Schon im 2.Jhd. v.Chr., also zur Zeit des Han-Kaisers Wu Di, seien Erkundungsfahrten ins Südchinesische Meer unternommen und dabei u.a. die beiden Archipele entdeckt worden. In späteren Jahren, vor

allem während der Tang- und der Song-Dynastien, seien die beiden Inselgruppen dann von Chinesen wirtschaftlich erschlossen worden. Dafür werden zahlreiche Berichte, vor allem aus der Song-, der Ming- und der Qing-Dynastie, zitiert (9). In den letzten Jahren seien auf den Paracel-Inseln ehemalige Siedlungen, Ton- und Porzellanwaren, Eisenmesser und -kessel und andere Gegenstände aus der Tang- und Song-Dynastie ausgegraben sowie Brunnen, Tempel, Gräber und andere historische Kulturrelikte aus der Ming- und Qing-Dynastie entdeckt worden. All dies beweise, daß spätestens seit der Tang- und Song-Dynastie Chinesen auf den Paracel- und Spratly-Inseln lebten und der Fischerei sowie anderen produktiven Tätigkeiten nachgingen. Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Erschließung der beiden Inselgruppen hätten die chinesischen Regierungen der vergangenen Epoche stets administrativ Gewalt ausgeübt. Eine solche Jurisdiktion lasse sich bereits zur Zeit der Nördlichen Song-Dynastie (960-1127) nachweisen: Damals hätten Patrouillenboote der Kaiserlichen Marine die Paracel-Inseln erreicht und dort u.a. eine Kaserne erbaut. Beleg dafür sei der "Abriß der militärischen Angelegenheiten" (wujing zongyao), zu dem kein geringerer als Kaiser Ren Zong (1023-1063) das Vorwort schrieb.

Während der Yuan-Dynastie errichtete ein bekannter Astronom der damaligen Zeit, Guo Shoujing, auf Anordnung Kaiser Kublai Khans das Observatorium Nanhai auf der Paracel-Insel - ein Beweis dafür, daß dieser Archipel auch während der Yuan-Dynastie zu China gehörte.

Offizielle lokale Chroniken bewiesen ferner, daß das Gebiet der "Tausend-Li-Sandbänke" und der "Zehntausend-Li-Felsenriffe", womit die Paracel- und die Spratly-Inseln gemeint waren, damals verwaltungsmäßig zur Präfektur Qiongzhou (Insel Hainan/Provinz Guangdong) gehörten.

In den Jahren 1710 bis 1712 habe die Guangdong-Flotte eine Marinepatrouille in den Bereich der Paracel-Inseln durchgeführt. Damals sei es jedermann klar gewesen, daß diese Inseln zu China gehörten.

3.3.3.1.2.

Die vietnamesische Gegenargumentation: "Spätestens seit Beginn des 16. Jahrhunderts..."

Vietnam zweifelt zwar nicht an der Echtheit der von China vorgelegten insgesamt 17 alten Dokumente, mißt ihnen aber keinerlei rechtliche Bedeutung bei. Es mag ja sein, daß auch chinesische Fischer die

Archipele mitentdeckt haben, daß sie dort ab und zu Zuflucht nahmen und daß selbst chinesische Flotten dort anlandeten. Doch waren die Chinesen bei weitem nicht die einzigen, die in dieser Gegend aufkreuzten - man denke an die Araber, die Perser, die Inder, die Portugiesen, die Spanier, die Holländer, die Franzosen - und nicht zuletzt die Vietnamesen, die in dieser für den Seeverkehr so wichtigen Gegend aufkreuzten. Es habe natürlich auch zahlreiche vietnamesische Aufzeichnungen aus der Frühzeit gegeben, die jedoch im Zuge der Eroberung des Ming-Generals Zhang Fu verbrannt wurden. Bis zum 15. Jhd. seien deshalb keine geographischen oder historischen Niederschriften mehr verfügbar. Nach der Le-Periode, d.h. also vom 15. Jhd. an, steht jedoch eine ganze Reihe von Aufzeichnungen zur Verfügung - allen voran der "Vollständige Atlas des Südländes" des berühmten Geographen Do Ba, welcher eine Landkarte aus dem 15. Jhd. enthält, die das gesamte Gebiet Vietnams einschließlich der Inselwelt umfaßt. Dort werden u.a. die Paracel-Inseln als vietnamesisches Territorium angeführt. Spätestens seit Beginn des 16. Jhdts. auch begannen die Herrscher der Nguyen-Dynastie mit einer systematischen "Ostmeer-Politik", indem sie den Schiffsverkehr entlang der südvietnamesischen Küste Kontrollen und Zollzahlungen unterwarfen und auch staatlich organisierte Arbeitsgruppen regelmäßig auf die Archipele und auf die Inseln im Südchinesischen Meer und im Golf von Siam entsandten. Seit Beginn des 16. Jhdts. schickten die Nguyen jedes Jahr eine Arbeitsgruppe von siebzig Mitgliedern auf 18 Dschunken zu den Paracel-Inseln, wo sie hauptsächlich dem Fischfang nachgingen. Die Arbeitsgruppen hielten sich jedesmal sechs Monate auf den Inseln auf, ohne daß irgendein anderes Land je dagegen protestiert hätte. Diese Politik wurde auch nach 1802 beibehalten, als die Nguyen-Dynastie ganz Vietnam unterworfen und die Kaiserwürde angenommen hatte.

Aus alledem zieht die vietnamesische Seite folgende zwei Schlußfolgerungen: Erstens habe die Nguyen-Dynastie 300 Jahre lang ununterbrochen die beiden Archipele wirtschaftlich ausgebeutet, ohne dabei von anderen Staaten gestört worden zu sein. Zweitens wurden sowohl diese Ausbeutung als auch die Erhebung von Zöllen und die Durchführung von Seepatrouillen offiziell vom Staat organisiert. Es waren die "Arbeitsgruppen", die - im Auftrag der zentralen Verwaltung - die beiden bis dahin herrenlosen Archipele in Besitz genommen und drei Jahrhun-

derte lang kontinuierlich genutzt haben (10).

Auch nach der Ausrufung des Kaiserreichs unter Gia Long habe Vietnam seine Administrativgewalt gegenüber den beiden Archipelen fortgesetzt und sie nunmehr - angesichts der immer häufiger werdenden Übergriffe Großbritanniens, Frankreichs und der Niederlande - sogar systematisiert: Die Seepatrouillen wurden verstärkt und die Archipele noch strikter in das Verwaltungssystem eingebunden. I. J. 1816 habe Kaiser Gia Long höchstpersönlich die vietnamesische Flagge auf den Paracel-Inseln gehißt. Sein Nachfolger, Minh Mang, beauftragte das Ministerium für öffentliche Arbeiten, auf den Paracel-Inseln einen Tempel zu bauen, eine steinerne Gedenktafel zu errichten und Bäume zu pflanzen sowie genauere Kartenwerke zu erstellen. Reste dieser Bauwerke seien noch bei archäologischen Forschungen i. J. 1974 von Geographen der Universität Saigon gefunden worden. Außerdem bewiesen zahlreiche historische Dokumente (11) die vietnamesische Souveränität über die Archipele.

Den oben wiedergegebenen "Entdeckung"-, "Ausbeutungs"- und "Jurisdiktions"-Argumenten der VR China hält Vietnam folgende Punkte entgegen: Die verschiedenen Dokumente enthielten nichts anderes als Beschreibungen zeitgenössischer Geographen und Historiker über geschichtliche Daten, topographische Merkwürdigkeiten und fremde Sitten, wobei die dabei wiedergegebenen Namen lediglich dem Zweck dienen sollten, geographische Anhaltspunkte zu vermitteln. Selbst wenn aber Chinesen die Archipele "entdeckt" haben sollten, so heißt dies noch lange nicht, daß China auch Administrativgewalt darüber ausübte. Auch die drei zum Thema "Jurisdiktion" angeführten Hauptargumente seien alles andere als stichhaltig:

- Da ist erstens die Bezugnahme auf den oben erwähnten "Abriß der militärischen Angelegenheiten" aus der Nördlichen Song-Dynastie. Das vietnamesische Weißbuch vom 18. Januar 1982 (12) wirft der Beijinger Argumentation an dieser Stelle Geschichtsklitterung vor: Die chinesische Seite habe hier einfach die Identität von Jiuruluozhou mit den heutigen Paracel-Inseln festgestellt. Im Wujing Zongyao sei der Sachverhalt jedoch ganz anders dargestellt. Danach war den chinesischen Truppen der Befehl erteilt worden, Kontrollbasen vom Hafen Guangzhou bis zum Indischen Ozean zu errichten. Diese Kontrolllinie habe weit an den Paracel-Inseln vorbeigeführt.

- Auch die Errichtung des Nanhai-Observatoriums während der Yuan-Dynastie trage nicht zur Stützung des chinesischen "Jurisdiktions"-Arguments bei. Wie es im Yuanshi, der offiziellen Geschichte der Yuan-Dynastie, heißt, mußten die angestrebten astronomischen Beobachtungen von 27 Punkten aus vorgenommen werden, die keineswegs alle innerhalb des damaligen chinesischen Territoriums, sondern in Korea, in Sibirien und u.a. auch im Südchinesischen Meer lagen. Selbst wenn also das Nanhai-Observatorium - was bezweifelt wird - auf den Paracel-Inseln gebaut worden wäre, wäre dies noch lange kein Beweis für den chinesischen Souveränitätsanspruch.

- Auch das dritte Ereignis, nämlich die Entsendung einer kaiserlichen Patrouille in den Jahren 1710 bis 1712, bringe die chinesische Beweisführung keinen Schritt weiter. Sämtliche von der damaligen Guangdong-Flotte angelaufenen Orte hätten nämlich auf der Insel Hainan gelegen - und hätten mit den Paracel-Inseln nichts zu tun (13).

Mit besonderer Verve wendet sich Vietnam gegen die "chinesische Archäologie im Dienste des Expansionismus".

Seit 1972 gibt es die Zeitschrift "Wen Wu", welche sich die Aufgabe gestellt hat, archäologische Ergebnisse zu ermitteln, die freilich - vietnamesischer Ansicht zufolge - häufig zur Legitimierung ungerechtfertigter Territorialansprüche herhalten müssen. Die "archäologische" Argumentation stehe m.a.W. im "Dienste des Expansionismus" (14). Nach der chinesischen Sprachregelung sind die Inselgruppen Dongsha, Xisha, Zhongsha und Nansha "seit alters her" chinesisches Territorium, nachdem das chinesische Volk "als erstes" diese Inseln "entdeckte" und "erschloß" und nachdem die chinesischen Regierungen dort "seit alten Zeiten" Verwaltung und Gerichtsbarkeit ausgeübt hätten. Davon "zeugten" die zahlreichen historischen Aufzeichnungen, die Fülle archäologischer Funde, die bis heute guterhaltenen Brunnen, Steintafeln und Bauten chinesischer Bauart auf den Inseln sowie auch einschlägige Zeugnisse ausländischer "Aggressoren" (15).

Die Archäologie ist in der Tat ein Werkzeug, das die chinesische Regierung gerne einsetzt, wenn es um territoriale Streitigkeiten geht. Dies hatte bereits die Sowjetunion in den Jahren nach 1969 zu spüren bekommen, als der sino-sowjetische Konflikt um die Chenbao-(Damanski) Inseln im Ussuri-Fluß noch heiß war. Vor allem die

beiden Fachzeitschriften Kao Gu und Wen Wu suchten damals anhand einer Fülle von "Ausgrabungen und Funden" nachzuweisen, daß die Gegend im Bereich des Ussuri-Flusses schon seit Jahrhunderten von Chinesen bewohnt war und daß der Neuankömmling Sowjetunion dort eigentlich nichts zu suchen habe.

In Anwendung des maoistischen Prinzips, "die Vergangenheit der Gegenwart nutzbar zu machen", führten chinesische Archäologen 1975 und 1976 auch auf den Paracel-Inseln Forschungsarbeiten mit dem Ziel durch, die Zugehörigkeit dieser Inseln zu China zu beweisen. Archäologen des Museums der Provinz Guangdong und des Kulturbüros von Hainan arbeiteten mit militärischer Unterstützung nicht nur auf den Paracel-Inseln, sondern auch auf der Macclesfield Bank. U.a. fanden sie drei mit Seladon glasierte Keramikstücke aus der Zeit der Südlichen Dynastien (420-589). Außerdem wollen sie auf einer der Paracel-Inseln Überreste chinesischer Siedlungen aus der Tang- und der Song-Zeit entdeckt haben - zumindest waren es 107 verschiedene Stücke Seladonkeramik sowie Reste von Küchengeräten. Im April 1974 fanden chinesische Fischer auf einem Paracel-Riff 400 kg Kupfermünzen, Bronzebarren, Bronzeschertscheiden und Bronzespiegel. Angeblich waren auch Münzen aus der Jin- (221-207 v.Chr.) und der Han-Zeit darunter (16).

In der September-Ausgabe der Wen Wu von 1976 erschienen zwei Zwanzig-Seiten-Aufsätze zu diesem Thema. Die englischsprachigen Zeitschriften "China Pictorial" und "China Reconstructs" schoben Beiträge im gleichen Sinne nach. In dem Artikel "Vorläufiger Bericht über die zweite archäologische Expedition zu den Xisha-Inseln in der Provinz Guangdong" (erschien in der oben erwähnten Wen-Wu-Ausgabe vom September 1976) werden z.B. vier verschiedene Gegenstände, wie ein doppelgriffiges Porzellangefäß, einige Deckel, Vasen etc., als Gegenstände aus der Tang-Zeit und den "Fünf Dynastien" identifiziert. Sie stammten aus Brennöfen in Jiangxi, Zhejiang, Hunan, Fujian, Guangdong usw., eine sogar aus Jingdezhen, der berühmtesten aller Porzellanstädte im alten China. Aus diesen Gegenständen wird die Folgerung gezogen, daß das chinesische Volk seit langer Zeit über die Paracel-Inseln geherrscht habe. Dieser "Beweisführung" halten die Vietnamesen entgegen, daß es gar nicht mit rechten Dingen zugehe, wäre nicht dann und wann ein chinesisches Schiff an den gefährlichen Riffen im Südchinesischen Meer gestrandet. Könne man daraus aber

bereits den Schluß ziehen, China habe die Inseln auch von jeher "beherrscht"? Seien dort nicht auch Schiffe anderer Nationen - aus Persien, aus Arabien, aus Japan und Frankreich zu Bruch gegangen, ohne daß die Herkunftsländer dieser Schiffe nun einen Souveränitätsanspruch erhöhen!? Könne also z.B. Persien Ansprüche auf die Seidenstraße im Bereich von Xinjiang mit der Begründung geltend machen, daß auf diesen Wegen einst Tausende von persischen Kaufleuten ihren Handel getrieben hätten und daß Teile der Seidenstraßen-Kultur durch und durch persisch geprägt gewesen seien!? Auch Vietnam habe mit seinen Dong-Son-Bronzen zur Bereicherung zahlreicher Inselkulturen, ja sogar einiger Länder Südostasiens beigetragen, ohne daß es heute auch nur einen Augenblick auf den Gedanken verfiere, daraus politische Ansprüche abzuleiten! (17) Das chinesische Vorgehen sei ganz dazu angetan, "Chaos" zu erzeugen.

Die chinesischen Behauptungen von einer dauernden Besiedlung, Erschließung und administrativen Beherrschung der Inseln, wie sie seit einem Artikel in der Guangming Ribao vom 24. November 1975 (18) ständig vorgetragen werden, seien unsinnig, da zumindest während der Tang-Zeit - aber auch in der Song- und vielleicht auch der Ming-Zeit - eine Dauerbesiedlung nicht möglich gewesen sei:

Erstens sprächen klimatische Überlegungen dagegen: Die Paracel-Inseln beispielsweise lägen in einer jener fünf über die Erde verstreuten Areale, in denen die Taifune entstehen. Allein zwischen 1911 und 1965 seien im Südchinesischen Meer statistisch jährlich 9,6 Taifune aufgetreten. Die frühere Saigon-Regierung habe ihre Soldaten nur dadurch auf den niedrigen Riffen und Atollen halten können, daß sie Flachbauten aus Stahlbeton errichtete. Gebäude anderer Art würden wie Stroh hinweggefegt.

Ein zweites Gegenargument sei der Mangel an Trinkwasser. In der Trockenzeit ließen sich auf den Inseln pro Senkbrunnen höchstens 30 l brackigen Wassers pro Tag gewinnen. Nach meteorologischen Beobachtungen für den Zeitraum zwischen 1948 und 1962 liegt die durchschnittliche Regenmenge auf den Paracel-Inseln bei 1.173 mm, verglichen mit 3.000 mm in Hue, wobei der Regenfall allerdings höchst ungleich verteilt ist: Im September und Oktober fallen dort 200 mm, von Januar bis März dagegen nur rd. 20 mm. Die Saigon-Soldaten, die früher auf den Paracel-Inseln stationiert waren,

mußten daher regelmäßig mit Frischwasser und Nahrungsmitteln vom Festland her versorgt werden. Aus diesem Grunde hätten ja auch die "feudalen Verwaltungen" Vietnams sich darauf beschränkt, Arbeitsbrigaden auf die Inseln zu entsenden, die sich dort nur von März bis September aufhielten. Obwohl hinter ihrer Entsendung eine strikte staatliche Organisation stand, waren sie also auch nicht ständig auf den Archipelen stationiert.

Drittens aber hätten die Inseln, zumindest während der Tang-Zeit, noch ganz unter Wasser gestanden. Die Paracel-Inseln beispielsweise bestünden aus einer Korallenformation. Nun liege das schnellste Korallenwachstum im Pazifik, nämlich das bei den Salomoneninseln, bei 26 mm im Jahr, bei den am langsamsten wachsenden Korallen dagegen - wie z.B. bei den Funafuti-Inseln - bei nur rd. 3 mm pro Jahr. In tausend Jahren ergibt sich also ein Wachstum zwischen 25 m bzw. 3 m. Für die Paracel- und die Spratly-Inseln existieren zwar keine wissenschaftlichen Angaben; legt man jedoch das Salomonen-"Wachstum" zugrunde, so müßten beispielsweise die Paracel-Inseln zur Tang- und auch noch zur Song-Zeit ungefähr 3 m niedriger als heutzutage gelegen haben. Heute aber liegt die durchschnittliche Erhebung der Paracel-Inseln bei 4-6 m ü.d.M. Wie habe es da zur Tang- und zur Song-Zeit permanente Bewirtschaftung und Administration geben können!? (19)

Noch ein weiteres charakteristisches Teilspektrum der beiderseitigen Argumentationsweise sei in diesem Zusammenhang erwähnt: Jede der beiden Parteien wirft der anderen vor, daß die in den traditionellen Dokumenten aufgezeigten Inseln nicht identisch seien mit den Paracels oder den Spratlys.

- In den Ausführungen des chinesischen Außenministeriums vom 30. Januar 1980 heißt es beispielsweise, daß ein Teil der im Weißbuch des vietnamesischen Außenministeriums angeführten 19 "Dokumente" falsche Schlüsse nahelegten: Sie ließen sich ganz allgemein in zwei Kategorien einteilen, nämlich in "historische Quellen" (Dokument Nr.1-5) und in Materialien der französischen Kolonialbehörden bzw. der südvietnamesischen "Saigon-Behörden". Zumindest die "Dokumente" der ersten Kategorie basierten "ausnahmslos auf absichtlich falschen Bezeichnungen". Die in den historischen Quellen aufgeführten "Bai Cat Vang" sowie "Hoang Sa Chu" seien mit den Paracel- und den Spratly-Inseln keineswegs identisch, wie sich sowohl aus der antiken Lage- und Flächen-

als auch Topographiebeschreibung ergebe (20).

Dieses "neue Vorbringen" Beijings wird im Weißbuch des vietnamesischen Außenministeriums vom 18. Januar 1982 (21) mit Argumenten "zerpflückt", die allerdings kaum überzeugender sind als die chinesischen Einwände. Gleichzeitig drehte die vietnamesische Propaganda (22) den Spieß um und bezweifelte - unter Hinweis auf sinologische westliche Werke von Duyvendak und Groenvelt - die Identität der in den chinesischen Dokumenten genannten Inseln mit den Paracels und den Spratlys.

3.3.3.2.

Die Entwicklungen während der Jahrzehnte der Kolonial-/Halbkolonial-Zeit

Für China begann mit der Niederlage im Opiumkrieg (1840/41) eine Zeit der Schwäche und nationalen Demütigung, die in der Sprachregelung der KPCh als "Halbkolonialismus" beschrieben wird - ein Zustand, der angeblich bis zur "Befreiung", d.h. bis zur Ausrufung der Volksrepublik im Oktober 1949, andauerte.

Für Vietnam dauerte der Kolonisationsprozeß von 1868 bis 1884. Nach und nach wurde zuerst Cochinchina (Nam Ky) in den "Kolonial"-Status und anschließend Annam (Trung Ky) und Tonkin (Bac Ky) in den "Protektorats"-Zustand versetzt. Aufgrund des zwischen der Nguyen-Dynastie und Frankreich am 6. Juni 1884 unterzeichneten Protektoratsvertrags sollte die französische Kolonialmacht fortan die außenpolitischen Interessen Vietnams wahrnehmen - ein Unterwerfungsakt, der von der heutigen vietnamesischen Regierung aber als formaljuristischer Titel für die Fortsetzung der vietnamesischen Souveränität herangezogen wird (23). Vietnam beruft sich also, soweit es beispielsweise um die Inselfrage geht, auf die "kolonialistischen" Verdienste Frankreichs um das vietnamesische Volk - eine paradoxe Situation, die den Vietnamesen gegenüber den Chinesen nicht gerade marxistischen Kredit gibt!

Frankreich faßte die drei Teile Vietnams mit Laos und Kambodscha zur Union Indochinoise zusammen, wies den Nguyen-Kaisern eine rein repräsentative Funktion zu und verhandelte u.a. auch mit dem chinesischen Qing-Hof über Abgrenzungsfragen. U.a. wurden die "Konventionen" von 1884, 1887 und 1895 geschlossen, die allesamt auf eine Abgrenzung Chinas von "Indochina" abzielten. Da diese "Konventionen" aber hauptsächlich auf den Golf von Tonkin Bezug nehmen, sei auf die Einzelheiten erst unter Abschnitt 4. eingegangen.

3.3.3.2.1.

Chinesische Argumente: Permanente Souveränitätsausübung

Die chinesische Seite geht davon aus, daß auch während der Kolonialzeit ihre Souveränitätsansprüche nie gefährdet waren:

- Als beispielsweise i.J. 1883 eine deutsche Gruppe auf den Spratly- und den Paracel-Inseln Vermessungen durchführen wollte, habe die Qing-Dynastie protestiert und die Eindringlinge zum Rückzug veranlaßt.

- 1909 veranstaltete der Admiral der Guangdong-Flotte, Li Zhun, im Auftrag des Gouverneurs von Guangdong und Guangxi mit drei Kriegsschiffen eine Inspektionsreise zu den Paracel-Inseln, wobei auf 15 Inseln Steintafeln errichtet und auf der Insel Yongxing die chinesische Flagge gehißt wurde.

- 1911 habe die Provinzregierung von Guangdong die Paracel-Inseln administrativ einem Kreis in Hainan unterstellt.

- 1921 gab das chinesische Innenministerium einem Kaufmann aus der Provinz Guangdong eine Lizenz für Fischerei und Bergbau auf den Paracel-Inseln.

- Im Mai 1928 entsandte die Provinzregierung von Guangdong eine aus Militärs, Zivilbeamten, Wissenschaftlern und Technikern bestehende Forschungsgruppe per Kriegsschiff zu den Paracel-Inseln (24).

- Die französischen Kolonialbehörden hätten es erst nach dem Zwischenfall vom 18. September 1931 gewagt, die günstige Situation auszunutzen und die beiden Archipele an sich zu reißen - wogegen die chinesische Regierung protestierte.

3.3.3.2.2.

Vietnam: Die vietnamesischen Souveränitätsrechte wurden vom "Protektor" Frankreich aufrechterhalten

Vietnam behauptet, daß die Franzosen während der gesamten Kolonialzeit Souveränität über die beiden Archipele "im Namen Vietnams" ausgeübt und eine Reihe von Maßnahmen getroffen hätten, die als Bekräftigung und Neubestätigung bereits bestehender vietnamesischer Administrativgewalt interpretiert werden könnten (25).

Da die Qing-Dynastie durch die Verträge von Nanjing (1842), Huangpu (1844), Yantai (1876) und Shimonoseki (1895) in ihrer außenpolitischen Aktionsfreiheit fast bis zur Bewegungslosigkeit eingengt war, hätten die Franzosen - so die Argumentation Hanois -

mit der Aufrechterhaltung des Status quo im Südchinesischen Meer keine Mühe gehabt und hätten sich deshalb zunächst auch größere Expeditionen zu den Paracel- und den Spratly-Inseln ersparen können. 1899 schlug der damalige Generalgouverneur von Indochina, Paul Doumer, die Errichtung eines Leuchtturms auf den Paracel-Inseln vor, doch wurde dieser Plan dann erst 1938 verwirklicht. Erst nach dem 1. Weltkrieg begannen die Franzosen den Vorgängen im Südchinesischen Meer erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Das Indochinesische Zollamt vermehrte seine Patrouillenfahrten auch im Bereich der beiden Inselgruppen. Am 3. März 1925 stellte das Kriegsministerium in Hue, der damaligen vietnamesischen Hauptstadt, die Souveränität Vietnams über beide Archipele fest, womit es entsprechende chinesische Ansprüche zurückzuweisen versuchte. Etwa zur gleichen Zeit brach eine französische Wissenschaftlerdelegation unter A. Krempf an Bord der "De Lanessan" zu den Paracel-Inseln auf; 1927 führte dasselbe Team Forschungen auf den Spratly-Inseln durch. Die französischen Kolonialbehörden ordneten in diesen Jahren auch mehrere Male die administrative Zugehörigkeit der Archipele zu wechselnden vietnamesischen Festlandsprovinzen. Seit 1928 beutete die Societe de Phosphate Guano auf einigen Paracel-Inseln aus. Zwischen 1929 und 1933 ließ die Kolonialregierung durch die Schiffe "La Malicieuse", "Alerte", "Astrolable" und "De Lanessan" nacheinander die französische Fahne auf den einzelnen Inseln des Spratly-Archipels hissen. Dabei wurden nicht nur die größeren Inseln, sondern auch die verstreuten Gruppen in Besitz genommen. 1933 wurden die Spratly-Inseln der damaligen Provinz Ba Ria administrativ zugeordnet.

Zugegeben: Zwischen April und Juni 1909 landete der Admiral Li Zhun mit zwei Kanonenbooten auf 15 Paracel-Inseln, gab dem Archipel den Namen Loshi, pflanzte die chinesische Fahne auf der Insel Yongxing auf und feuerte Kanonensalven zum Zeichen der Inbesitznahme des Südchinesischen Meeres (26).

War diese Aktion aber nicht ein weiterer Beweis dafür, daß der chinesische Staat sich erst in diesen späten Jahren der Inseln durch Akte hoheitlichen Charakters zu bemächtigen suchte!? Hätte er, wie von chinesischer Seite behauptet, die Herrschaft über die Paracel-Inseln bereits seit der Tang- oder Song-Zeit innegehabt, so wäre doch nunmehr, im 20. Jhd., keine weitere offizielle Inbesitznahme nötig gewesen. Wenn sich die fran-

zösische Kolonialverwaltung zur "Besetzung" der Inseln durch Li Zhun nicht weiter geäußert habe, so habe dies daran gelegen, daß man dem Zwischenfall nicht allzuviel Bedeutung beimaß und daß Frankreich außerdem im Beijinger Vertrag von 1898 im Hinblick auf das Südchinesische Meer den Status quo vereinbart hatte (27).

Die Qing unternahmen diese Expedition übrigens, obwohl der chinesische Hof durch den Vertrag von Tianjin (1884) auf seine nominellen Souveränitätsansprüche über Vietnam verzichtet hatte.

Frankreich habe die Administrativgewalt über die beiden Archipele erst verloren, als Japan - nach Ausbruch des Fernostkriegs - i.J. 1938 zuerst die Paracel-Inseln und dann i.J. 1939 die Spratly-Inseln besetzte und sie zu Marinestützpunkten ausbaute.

3.3.3.3.

Die Entwicklungen nach 1945

Nach dem 2. Weltkrieg galt es zunächst, die Inseln aus der Hand der japanischen Besetzer zu übernehmen. Sowohl die Franzosen als auch die Chinesen (unter der damaligen Guomindang-Regierung) schickten zu diesem Zweck ihre Schiffe in das Südchinesische Meer. Im Mai 1946 ließen die französischen Kolonialbehörden den Kreuzer "Savorgnan de Brazza" zu den Paracel-Inseln auslaufen. Nur wenige Monate später, nämlich im November und Dezember 1946, brachen chinesische Kriegsschiffe zu den beiden Archipelen auf, führten Übernahmezeremonien durch, errichteten Steintafeln und stationierten Truppen. Am 13. Januar 1947 protestierte die französische Kolonialregierung gegen die "illegale Besetzung" zahlreicher Archipelinseln bei der Guomindang-Regierung in Nanjing: Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) hatte durch feierliche Erklärungen die Souveränität Chinas über die beiden Archipele deklarieren lassen. 1950 jedoch verließen seine Truppen die Inseln in Richtung Taiwan, so daß nun auch diese restlichen Teile von französischen Kolonialtruppen in Besitz genommen werden konnten.

Im Friedensvertrag von San Francisco (1951) verpflichtete sich Japan, "auf alle Rechte, Titel und Ansprüche auf die Spratly- und Paracel-Inseln zu verzichten" (Art. 2). Schon bei Bekanntgabe des Entwurfs des Friedensvertrags hatte Zhou Enlai in einer Note vom 15. August 1951 darauf hingewiesen, daß die Archipele im Südchinesischen Meer "von jeher chinesisches Territorium" gewesen seien. Was die vietnamesische Seite angeht, so nahm der Premierminister der Baodai-Regierung an der Konfe-

renz in San Francisco teil und machte dort ebenfalls die Souveränität Vietnams über die beiden Archipele geltend, ohne daß, wie es heißt, "irgendein Land dagegen Protest erhoben" hätte (28).

Die (Wieder-)Inbesitznahme mehrerer Inseln der Paracelgruppe durch China erfolgte in den fünfziger und siebziger Jahren.

- 1956 bemächtigten sich volksrepublikanische Truppen der Insel Phu Lam (Woody Island) und einiger anderer Inselchen der östlichen Paracelgruppe, während gleichzeitig taiwanesische Truppen von Itu Aba (chinesisch: "Taiping"), einer Spratly-Insel, Besitz nahmen. Beide Aktionen erfolgten zu einer Zeit, als die Franzosen gerade ihre Truppen aus Indochina abzogen und damit auch die beiden Archipele vorübergehend von Besatzungen entblöbten, ehe die Saigon-Regierung mit ihren Soldaten nachrückte.

- Im Februar 1959 landeten mehrere volkschinesische Fischergruppen auf verschiedenen Paracel-Inseln, wurden dort aber von Soldaten der Saigon-Regierung arrestiert. Bei diesem Anlaß hielt sich Beijing noch zurück. Als es jedoch 1974 zu einer erneuten Festnahme chinesischer Fischer kam, entsandte die VR China eine Marineeinheit und eroberte am 19. Januar 1974 den restlichen Paracel-Archipel. Der Antrag der Saigon-Regierung auf eine Dringlichkeitssitzung beim UNO-Sicherheitsrat wurde abgewiesen.

Zu erneuten Reibereien zwischen beiden Kontrahenten kam es im September 1983, als Malaysia auf einem Atoll des Spratly-Archipels Truppen absetzte. Sowohl die chinesische als auch die vietnamesische Seite wiederholte dabei ihre Souveränitätsansprüche (Näheres mit Karte in SOAa, September 1983, S.422-425). Jeglicher Übergriff sei hier "illegal" (29).

3.3.3.3.1.

China: Proklamationen, Gesten und Manöver als permanente Souveränitätsbestätigungen

Aus chinesischer Sicht war die Besetzung von 1974 nichts anderes als ein Akt der "Verjagung süd-vietnamesischer Söldner... von chinesischem Territorium". Auch hatte die chinesische Seite die "Belästigung" zahlreicher Fischer zwischen 1950 und 1956 als Herausforderung empfunden, die eine energische Antwort verdient habe. Als weiteren Akt der chinesischen Souveränitätsrückversicherung hätten die Behörden in Hainan im März 1959 auf der Insel Yongxing des Paracel-Archipels ein "Verwaltungsbüro der Xisha-, Nansha- und

Zhongsha-Inseln" eingerichtet, das im März 1969 in ein "Revolutionskomitee" umbenannt wurde. Als Souveränitätsbestätigung wurde übrigens auch die Besetzung von Itu Aba (Taiping) durch taiwanesische Truppen hingestellt (30). Ferner habe die Internationale Zivilluftfahrtsorganisation in Manila im Oktober 1955 eine Konferenz abgehalten, bei der - durch die "Resolution Nr.24" - die Regierung Taiwans aufgefordert wurde, die Wetterbeobachtung auf Itu Aba zu verbessern. Keiner der Konferenzvertreter habe dabei Einwände vorgebracht (31).

- Am 15. Juni 1956 habe die chinesische Botschaft in Hanoi bei einem Gespräch mit dem dortigen Vizeaußenminister Ung Van Khien die Bestätigung erhalten, daß die Paracel- und die Spratly-Inseln "nach vietnamesischen Unterlagen historisch chinesisches Territorium sind".

- Als die Regierung der VR China zwei Jahre später, nämlich am 4. September 1958, in einer Erklärung die chinesischen Hoheitsgewässer auf 12 sm festlegte und hinzufügte, daß "diese Bestimmung für das gesamte Territorium der VR China, einschließlich der Inselgruppen Dongsha, Sisha, Zhongsha und Nansha sowie aller anderen zu China gehörigen Inseln gilt", habe die Parteizeitung Nhan Dan am 6. September 1958 auf ihrer Titelseite einen ausführlichen Bericht über diese Erklärung der chinesischen Regierung gebracht und dabei erwähnt, daß die Küstenzonenbreite auch für die Paracel- und für die Spratly-Inseln gelten. Am 14. September desselben Jahres erklärte der vietnamesische Ministerpräsident Pham Van Dong in einer Note an Zhou Enlai, daß die "Regierung der DRV die von der Regierung der VR China am 4. September 1958 abgegebene Erklärung über die Festlegung ihrer Hoheitsgewässer anerkennt und unterstützt".

- Am 9. Mai 1965 habe die Regierung der DRV eine Erklärung herausgegeben, die dagegen protestierte, daß die amerikanische Johnson-Administration nicht nur ganz Vietnam und seine Gewässer bis auf 100 sm Küstenentfernung, sondern auch einen Teil "des Gewässers der Inselgruppe Paracel der Volksrepublik China" zur "Operationszone" der US-Streitkräfte bestimmt habe, wodurch die Sicherheit der DRV und ihrer Nachbarländer bedroht sei. Sei dies nicht eine eindeutige Bestätigung der chinesischen Ansprüche auf die Paracel-Inseln gewesen?

Auch offizielle vietnamesische Landkarten und Lehrbücher hätten die Paracel- und die Spratly-Inseln

eindeutig als chinesisches Territorium ausgewiesen. In einem vom Vietnamesischen Bildungsverlag 1974 herausgegebenen Lehrbuch für die Schüler der 9.Klasse hieß es u.a.: "Die Inselkette, die sich von den Paracel- und den Spratly-Inseln über die Insel Hainan bis zu den Inseln Taiwan, Penghu und Zhoushan erstreckt..., sieht wie ein Bogen aus und bildet einen großen Wall, der das chinesische Festland verteidigt."

Aus alledem gehe eindeutig hervor, daß die vietnamesische Regierung bis 1974 die umstrittenen Archipelle als chinesisches Territorium anerkannt hat. Erst dann sei sie von ihrer ursprünglichen Position abgegangen (32).

China habe auch immer wieder auf seine Souveränitätsansprüche hingewiesen, so bereits am 15.August 1951 Zhou Enlai, der in seiner damaligen Eigenschaft als chinesischer Außenminister den Friedensvertragsentwurf von San Francisco dahingehend interpretierte, daß die Archipelle im Südchinesischen Meer "seit je chinesisches Territorium sind". Später hat die chinesische Regierung im Mai 1956, am 4.September 1958, im Februar 1959, im Januar 1974 und im Januar 1980 ihren Souveränitätsanspruch feierlich bekräftigt. Vor allem die Jahre 1951 und 1958 waren Marksteine des chinesischen Erklärungsverhaltens.

Gegenwärtig werden die Paracel-Inseln von China zu Stützpunkten für Marine, Luftwaffe und amphibische Streitkräfte ausgebaut. Da die Entfernung zum vietnamesischen Festland nur rd. 250 km beträgt, wäre es nicht verwunderlich, wenn Vietnam den Inselbereich militärisch eines Tages für nicht weniger gefährlich hielte als die Situation an seinen Nordgrenzen, wo ja mächtige Berge und enge Schluchten zugunsten Vietnams "Wache halten".

1982 wurde das Gebiet des Paracel-Archipels von der VR China zu einer militärischen Sicherheitszone erklärt, wie Hongkonger Fischer zu berichten wußten (33).

Im Februar 1982 besuchte der chinesische Generalstabschef Yang Dezhi in Begleitung seines Stellvertreters, Yang Yong, die Paracel-Inseln und pflanzte auf der Insel Yongxing Kokospalmen mit der Erde aus dem Beijinger Regierungsviertel Zhongnanhai (34). Radio Hanoi sprach von einem Besuch "Beijinger Oberbanditen" (35).

Seit 1974 werden die Paracel-Inseln ausschließlich von der VR China kontrolliert.

Auf den Spratly-Inseln sind Vietnam (und zwar auf zumindest sechs Inseln), die Philippinen, Taiwan (Itu Aba) und Malaysia militärisch vertreten. China ist zwar nicht mit Truppenkontingenten präsent, veranstaltet aber ab und zu Militärmanöver.

Im Juni 1983 führte z.B. eine VBA-Marineeinheit aus zwei Schiffen eine Patrouille von 6.000 sm durch, die u.a. auch zum Zengmu ansha (Riff) am südlichen Teil der Spratly-Inseln, dem "äußersten Süzipfel Chinas", vorbeifuhren und dann in den Westpazifik einschwenkten (36).

Im Mai 1984 auch fand eine chinesische Marineübung im Spratly-Archipel statt, die möglicherweise als Antwort auf die gemeinsamen sowjetisch-vietnamesischen Marineübungen im Golf von Tonkin vom April 1984 gedacht war. Ein chinesischer Zerstörer, eine Fregatte und ein Tanker stachen von ihrer Basis auf Hainan in See, umfuhren die Spratly-Inseln und kehrten dann zu ihrem Ausgangspunkt zurück. Einige Tage später verließen zehn chinesische amphibische Landungsboote mit rd. 2.000 Soldaten die Paracel-Inseln und umfuhren ebenfalls die Spratly-Inseln, ohne allerdings dort zu landen. Die Übungen waren begleitet von Flugmanövern der chinesischen Luftwaffe.

Einen Monat früher, im April 1984, hatte eine gemeinsame vietnamesisch-sowjetische Landeübung mit 600 Sowjetsoldaten vom Landungsschiff "Ivan Rogov" im Golf von Tonkin - gegenüber der chinesischen Insel Hainan - stattgefunden. An den Landungsübungen hatten sich auch der sowjetische Flugzeugträger "Minsk" und sechs Kriegsschiffe beteiligt, einschließlich einiger Zerstörer, die in Cam Ranh stationiert sind. Die Übungen waren begleitet von vietnamesischen Flugmanövern (MiG-19, MiG-21 und MI-8-Hubschraubern sowie Tupolev-Flugzeugen vom Typ Tu-96 und Tu-142).

Das chinesische Manöver vom Mai war, wie oben bereits erwähnt, möglicherweise als Antwort auf dieses sowjetisch-vietnamesische Manöver gedacht (37).

Mit all diesen Erklärungen, Gesten und Manövern will China seine Souveränität über die "geheiligten Territorien" im Südchinesischen Meer dartun.

3.3.3.3.2.

Vietnam: "Aggression begründet niemals Souveränität"; von der "kartographischen" zur "heißen Aggression"; "Auf der Lauer liegen"; "Wure-Taktik"

Vietnam hält diesem Vorbringen entgegen, daß China die Paracel-Inseln Stück für Stück und unter Ausnutzung vietnamesischer Schwachmomente "geraubt" habe.

- 1946 hätten die Guomindang-Truppen die Wirren des französischen Wiedereinmarsches in Vietnam ausgenutzt und eine Reihe von Inseln besetzt.

- 1955/56 habe gerade der damalige Präsident Ngo Dinh Diem mit einem systematischen antikommunistischen Feldzug gegen Nordvietnam begonnen; außerdem sei das nördliche Vietnam damals noch durch die gewaltigen Anstrengungen des Kampfes gegen die französischen Kolonialherren erschöpft gewesen. In diesem Augenblick habe die VR China zugegriffen und einen Teil der östlichen Paracelgruppe besetzt. Was hätte das weitgehend wehrlose Vietnam in diesem Augenblick tun sollen?

Als die VR China am 4.September 1958 die Breite ihrer Hoheitsgewässer auf 12 sm ausdehnte, habe Ministerpräsident Pham Van Dong in der Tat an Zhou Enlai eine Note geschickt, die versprach, daß Vietnam die chinesischen Territorialgewässer "respektiert". Dabei sei jedoch nicht die leiseste Anspielung auf die Paracel- oder die Spratly-Inseln gemacht worden. Diese demonstrative Nichtbenennung der beiden Inselgruppen habe in der damaligen Situation doch wahrhaft Bände gesprochen! (38)

Am 22.Februar 1959 habe die VR China einen abermaligen Angriff unternommen, indem sie auf den Paracel-Inseln Robert, Drumond und Duncan Truppen anlandete, die als Fischer verkleidet waren und die den Auftrag hatten, den restlichen Teil der westlichen Paracel-Inseln zu besetzen; dieser Anschlag wurde jedoch durch die damaligen Saigon-Behörden verhindert, die 82 dieser "Fischer" festnahmen (39).

15 Jahre später, nämlich 1974, habe China dann erneut eine Schwierigkeit Hanois ausgenutzt, nämlich die Schlußvorbereitungen Nordvietnams auf die "Befreiung" des Südens. Auch diesmal seien wieder Fischer als Vorposten entsandt worden, denen dann, als sie von Saigon-Truppen verhaftet wurden, Kriegsschiffe als "Rächer" auf dem Fuße folgten (19.Januar) und die Paracel-Besatzungen nieder kämpften (20.Januar). Auch diesmal waren der Regierung in Hanoi die Hände gebunden; sie habe zähneknirschend zusehen müssen, wie ihr - sozusagen im letzten Augenblick - noch einige Inseln vor der Nase weggenommen wurden.

Zu einem Vorgeplänkel zwischen Saigon und Beijing war es bereits 1973 gekommen: Nachdem China auf der nun schon mehrere Male erwähnten Karte das Südchinesische Meer als chinesisches Territorium ausgewiesen hatte, antwortete die damalige südvietnamesische Regierung im September 1973 mit einer administrativen Neuordnung der Archipele - ein Verhalten, das ganz offensichtlich Demonstrationseffekt haben sollte, da die beiden Inselgruppen ja schon vorher zu bestimmten Festlandsprovinzen gehört hatten.

Beijing protestierte am 11. Januar 1974. Daraufhin ließ Saigon eine Flotille in See stechen, deren Besatzung zwischen dem 15. und dem 19. Januar drei Paracel-Inseln besetzte. Die Chinesen reagierten mit der Landung von Truppen auf Robert, Duncan, Drumond und Money, und zwar beginnend mit dem 15. Januar 1974 (40). Der erste Zusammenstoß mit chinesischen Schiffen fand am 19. Januar statt, als auf beiden Seiten je ein Patrouillenboot versenkt wurde. Zur eigentlichen Gefechtsberührung kam es dann am 20. Januar, und zwar zwischen einem halben Dutzend Schiffen auf jeder Seite. Die Südvietnamesen suchten freilich schnell nach der Weite, so daß die Schlacht entschieden war, noch ehe sie so recht begonnen hatte.

Drei Tage nach diesem "Paracel-Krieg" besetzten Saigon-Truppen mit einem Landekorps von rd. 250 Mann zwei Spratly-Inseln.

Im Mai 1975 wurden diese und andere Spratly-Inseln von Truppen Nordvietnams sowie der südvietnamesischen Befreiungsfront "befreit". Bei den Paracel-Inseln allerdings war nichts mehr zu machen. Sie waren bereits von den chinesischen Waffengefährten "befreit" worden! Die Paracel-Inseln kamen aber schon ein halbes Jahr später beim Besuch einer vietnamesischen Partei- und Regierungsdelegation in China am 24. September 1975 zur Sprache. Der damalige Vizeministerpräsident Deng Xiaoping räumte ein, daß zwischen beiden Ländern noch besondere Probleme hinsichtlich der Paracel- und Spratly-Inseln bestünden, die durch Verhandlungen bereinigt werden müßten. Die Archipel-Frage tauchte aber erst ab Dezember 1978 wieder auf: Nachdem ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums am 29. Dezember 1978 Ansprüche auf die Spratly-Inseln geltend gemacht hatte, widersprach ihm sein vietnamesischer Amtskollege am 30. Dezember.

Die beiden Okkupationsakte von 1956 und von 1974 seien typisch gewesen für den Stil der chinesi-

schen "Expansionisten": In beiden Fällen befolgten sie eine ihrer Hauptdevisen, nämlich das "Liegen auf der Lauer" (changou maifu) bzw. das "Vom Berg aus dem Kampf der Tiger zusehen" (zuo shan guan hu dou); gleichzeitig sei jeder "heißen Aggression" eine "kartographische Aggression" vorausgegangen (41). So sei z.B. 1954 eine Landkarte solcher "chinesischer Territorien" herausgegeben worden, die "von den Imperialisten anektiert" worden seien, und auf denen Vietnam, Laos, Kambodscha, Thailand, Birma, Malaysia, Nepal, Sikkim, Bhutan, Teile Indiens, die VR Mongolei, Korea, die Ryukyu-Inseln, Teile Ostsibiriens und die sowjetischen Republiken Kasachstan, Tadschikistan und Kirgistan eingetragen waren. Auch der Annexion der Paracel-Inseln i.J. 1974 war die Veröffentlichung einer Landkarte i.J. 1973 vorausgegangen, auf der das gesamte Südchinesische Meer als chinesisches Territorium ausgewiesen war.

Das chinesische Vorgehen sei anschließend durch ein Unmaß an Propaganda "gerechtfertigt" worden. Die Volkszeitung (42) beschrieb das Vorgehen gegen die Paracel-Inseln als einen "Gegenangriff von defensivem Charakter" (43). In einem Teil der Presse wurde der Paracel-Feldzug sogar mit der Kritikkampagne gegen Lin Biao und Konfuzius in Verbindung gebracht. Dies alles zeige, daß den chinesischen Behörden bei ihrem Anspruch nicht recht wohl gewesen sei und daß sie mit schriller Propaganda ihr schlechtes Gewissen übertönt hätten. Es stehe jedoch fest, daß die beiden Archipele seit mehreren hundert Jahren vietnamesisches Territorium waren und daß die beiden Besetzungsakte deshalb als Aggression reinsten Wassers gewertet werden müßten.

Wie raffiniert China seine "illegale Okkupation" der "vietnamesischen" Inselgruppen eingefädelt habe und wie es dabei seinen Verbündeten in den Rücken gefallen sei, beweise auch noch ein weiteres Täuschungsmanöver: Am 26. Dezember 1973 hatte Hanoi den Chinesen vorgeschlagen, Gespräche über die Abgrenzung der beiderseitigen Gebiete im Golf von Tonkin zu beginnen (Näheres dazu unten 4.). Als Antwort darauf habe das chinesische Außenministerium zunächst am 11. Januar 1974 erneut die Souveränität Chinas über die beiden Archipele proklamiert und von einer "illegalen" Okkupation durch die Saigoner Behörden gesprochen. Am 18. Januar 1974 aber, also nur einen Tag vor dem Beginn des Paracel-Kriegs, habe die chinesische Regierung das Verhandlungsangebot der DRV zum Golf von Tonkin ange-

nommen. China habe also die Saigoner Behörden wegen "illegaler" Besetzung der beiden Archipele verurteilt, um so die Weltmeinung auf eine Okkupation vorzubereiten, und gleichzeitig Verhandlungen mit Hanoi zugestimmt, um die DRV auf diese Weise zu "beruhigen" - und dies alles in einer sowohl für Saigon als auch für Hanoi höchst entscheidungsträchtigen Situation! (44) Margaret Thatcher habe bei ihrem Falkland-Abenteuer wenigstens noch mit offenen Karten gespielt; China aber habe mit den hinterlistigsten Tricks gearbeitet, wobei es sich scheinheilig zur UNO-Charta bekannte (45).

Vietnam behauptet, daß der damalige Angriff Chinas obendrein Folge einer chinesisch-amerikanischen Zusammenarbeit gewesen sei. Zhou Enlai und Kissinger hätten sich darauf verständigt, daß Nordvietnam daran gehindert werden müsse, ganz Vietnam unter Kontrolle zu bringen. Dieses Komplott habe auch zur Besetzung der Paracel-Inseln durch die chinesische Marine geführt. Vietnamesische Anträge auf Abhaltung einer Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats seien von China und den USA abgeblockt worden (46). Unter den 48 südvietnamesischen Gefangenen habe sich auch ein amerikanischer Entwicklungshelfer, Gerald Kosch, befunden, der von den Chinesen mit "großer Höflichkeit behandelt und alsbald den amerikanischen Behörden ausgehändigt wurde".

Neben der "kartographischen Aggression" und der Täuschung bediene sich China auch noch einer dritten Finte, nämlich der Wure-Taktik, die auch bereits bei der "chinesischen Aggression von 1962 gegen Indien" angewandt worden sei. Dabei hätten die Chinesen einfach indische Ortschaften mit chinesischen Bezeichnungen versehen (u.a. den Ort Bara Hoti in Wure umgetauft) und sodann ihre Forderungen auf diese "chinesische" Ortschaft erhoben. Diese Umtauftaktik sei auch im Südchinesischen Meer durchgeführt worden (47).

In der Tat machte Beijing im April 1983 die chinesischen Souveränitätsansprüche auf eine neue Weise deutlich, indem es eine Liste der "standardisierten Namen" der größeren chinesischen Inseln im Südchinesischen Meer herausgab. Autor der Liste war das "Komitee für chinesische Ortsnamensgebung" (48).

Am 27. Mai 1984 beschloß der chinesische Nationale Volkskongreß ferner, eine "Verwaltungsregion Hainan" einzurichten, zu der auch die beiden Archipele Spratly und Paracel gehören. In einer Erklä-

zung des vietnamesischen Außenministeriums wird dieser Akt als Eingriff in die vietnamesische Souveränität und als Versuch gewertet, eine rechtswidrige Okkupation zu legalisieren (49).

Für die Zeitspanne zwischen 1956 und 1975 muß sich Hanoi, das damals allen Aktionen der VR China im Südchinesischen Meer schweigend zugesehen hatte, heute auf die Protestaktionen der "Saigon-Administration" berufen. Diese habe am 1. Juni 1956 den vietnamesischen Souveränitätsanspruch gegenüber der VR China, Taiwan und den Philippinen deutlich gemacht, sie habe am 22. Februar 1959 82 chinesische Fischer verhaftet, die auf den Paracel-Inseln eingedrungen seien, und sie habe sich am 20. April 1971 gegen malaysische Ansprüche auf Teile des Paracel-Archipels gewandt. Auch nach der Niederlage ihrer Truppen vom 20. Januar 1974 habe sie den Anspruch Vietnams auf die beiden Archipele feierlich aufrechterhalten (50). Hanoi befindet sich hier also in einer paradoxen Situation. Man spürt, wie erleichtert die Autoren des Weißbuches waren, als sie dann endlich auch eine Erklärung der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Süd-Vietnam zitieren konnten, nämlich eine Drei-Punkte-Proklamation, die noch am 20. Januar, also unmittelbar im Anschluß an die chinesische Militäraktion gegen die Paracel-Inseln herausgegeben worden war, und in der darauf hingewiesen wurde, daß Grenzkonflikte zwischen befreundeten Nachbarstaaten in freundschaftlichem Geist zu regeln seien (51). Was die Stellungnahme Hanois vom 20. Januar 1974 angeht, so bestand sie - in Schweigen! Man wollte sich damals, am Vorabend des Großangriffs gegen Süd-Vietnam, offensichtlich mit den Chinesen nicht anlegen - und bedauert dies heute!

Um so nachdrücklicher beruft sich Hanoi auf die verschiedenen See-rechtsproklamationen. Wegmarken dafür waren 1888 (Verkündung einer 3-sm-Küstenzone durch die französische Kolonialverwaltung), 1936 (Ausdehnung der Küstengewässer auf 20 km), 1955/1962 (die Saigon-Regierung proklamierte damals eine 12-sm-Zone bzw. eine Sonderfischereizone von 62 sm bzw. einen Kontinentalschelf bis zu 200 m Tiefe) und schließlich 1977: Am 12. Mai dieses Jahres erließ die DRV, wie oben bereits erwähnt, eine Erklärung über die Küstengewässer, die Anschlußzone, die ausschließliche Wirtschaftszone und den Kontinentalschelf.

Am 5. Juni 1984 erließ der vietnamesische Ministerrat eine Erklärung über den vietnamesischen

Luftraum, der über dem Landterritorium, über den Inseln und über der territorialen See liege und der der "vollständigen und ausschließlichen Souveränität der SRV unterliegt". Flüge dürften in diesem Raum nur nach Maßgabe von Verträgen durchgeführt werden, die von der SRV mit anderen Staaten ausgehandelt würden. Diese Erklärung bezieht sich auch auf die beiden Archipele (52).

4. Der Grenzverlauf im Golf von Tonkin

Obwohl das Südchinesische Meer und der Golf von Tonkin (chin.: Beibuwan, vietn.: Bac Bo) halbmondförmig ineinander übergehen, behandeln China und Vietnam diese beiden Meeresgebiete rechtlich streng getrennt voneinander.

Durch die chinesische Erklärung vom 4. September 1958 war lediglich die bis zu 35 km breite Qiongzhou-Straße zwischen der Insel Hainan und der Halbinsel Leizhou in die chinesischen Eigengewässer miteinbezogen und so einer der beiden Zugänge zum Golf von Tonkin geschlossen - dann allerdings, durch Erlaß vom 5. Juni 1964, für die internationale Seefahrt wieder freigegeben. (Diese Freigabe gilt heute allerdings de facto nicht für vietnamesische und sowjetische Schiffe.)

4.1. Die Verhandlungen von 1974

Solange die beiden Indochina-Kriege andauerten, hütete sich Hanoi, seinem Waffenlieferanten China gegenüber die Golf-Frage aufs Tapet zu bringen.

Nach Abschluß des Pariser Friedensvertrags vom 27. Januar 1973 und nach Neuveröffentlichung jener chinesischen Karte, auf der das gesamte Südchinesische Meer als chinesisches Territorium eingezeichnet war, veränderte sich die Situation jedoch schnell: Während Saigon gegen die Ansprüche Chinas protestierte, schlug Hanoi den Chinesen am 26. Dezember 1973 Verhandlungen über die Tonkin-Frage vor. Schon wenige Tage später erklärte China, daß der "Golf von Tonkin zwischen unseren beiden Ländern noch nicht geteilt worden ist, da Vietnam sich die ganze Zeit im Krieg befunden hat" (53). Offensichtlich ahnte Beijing bereits, worauf Hanoi hinaus wollte.

Am 18. Januar 1974 dann, also nur einen Tag vor Beginn des Paracel-Kriegs, ging China offiziell auf das Verhandlungsangebot der DRV ein, nachdem es noch am 11. Januar seine Herrschaftsansprüche über die Paracel- und die Spratly-Inseln erklärt hatte.

Die eigentlichen Verhandlungen, die durch die chinesische Paracel-Besetzung vorbelastet waren, begannen zwischen Hanoi und Beijing im August 1974, und zwar auf der Ebene stellvertretender Außenminister. Vietnam brachte dabei zwei Vorstellungen ein, die von der chinesischen Seite mit Befremden aufgenommen wurden: Es stellte nämlich erstens fest, daß der Golf durch das chinesisch-französische Abkommen vom 26. Juni 1887 entlang dem Längengrad 108°3 Minuten 8 Sekunden östl. von Greenwich geteilt worden sei und daß diese "chinesisch-vietnamesische Abgrenzung durch den gesamten Golf verläuft"; zweitens handle es sich bei dem Gebiet um einen "historischen Golf", der den Chinesen und Vietnamesen schon seit "vielen Jahrhunderten" gemeinsam sei.

4.2. Vietnam: Der Golf ist 1887 zur Gänze geteilt worden

Über die Abgrenzung heißt es in dem Vertrag von 1887, Art. III, Abs. 2 wörtlich: "Les îles qui sont à l'Est de Meridien de Paris 105 degrés 43 minutes de longitude Est, c'est à dire de la ligne nord-sud passant par la pointe orientale de l'île de Tch'a Kou ou Quan-chan (Tra-co) et formant la frontière sont également attribuées à la Chine." Der hier angesprochene Längengrad von Paris entspricht dem Längengrad 108 Grad 3 Minuten 8 Sekunden von Greenwich.

Träfe die vietnamesische Interpretation zu, daß diese Abgrenzungslinie durch das gesamte Golfgebiet verläuft, so fielen der größte Teil des Golfs an Vietnam - eine Vorstellung, die für Beijing unerträglich ist, obwohl China seinerseits beim Südchinesischen Meer keine Skrupel zeigt, noch unbescheidener "zuzulangen".

4.3. China: Über die Teilungsfrage ist erst noch zu verhandeln

Die chinesische Auslegung des Vertrags von 1887 geht dahin, daß es sich bei der genannten "Abgrenzung" nicht um eine Abgrenzung des gesamten Golfgebiets, sondern lediglich um eine Vereinbarung handle, welche küstennahe Inseln dem einen oder dem anderen Land zuweist. Dieser Schluß lasse sich aus mehreren Anhaltspunkten ziehen:

- Zum einen tauche der Terminus "Golf von Tonkin" in dem Vertrag kein einziges Mal auf.

- Außerdem hätten die Parteien am Ende des 19. Jhdts., als die "Doktrin der Freiheit der Meere" auf ihrem Höhepunkt war, gar nicht daran gedacht, Territorialgrenzen

bis tief hinein in den Golf von Tonkin zu ziehen. Frankreich, das zu dieser Zeit bereits jahrzehntelang gegen die britische Theorie von den "geschlossenen Meeren" (mare clausum) opponiert und stattdessen möglichst offene Meere gefordert hatte, hätte sich in den eigenen Finger geschnitten, wäre es gerade im Golf von Tonkin darauf aus gewesen, den Chinesen einen Großteil dieses Gebiets zuzuweisen.

- Auch bewies die politische Situation im Vorfeld der Verhandlungen, daß es den beiden Verhandlungspartnern damals nicht um die Abgrenzung des Golfs als solchen, sondern nur um Zuweisung der im unmittelbaren Küstenbereich liegenden Inseln ging.

- Könne die vietnamesische Seite außerdem den Endpunkt der Abgrenzungslinie aufzeigen? Nirgends, aber auch gar nirgends lasse sich eine solche Stelle nachweisen. Wo aber habe es je eine Grenzziehung ohne Endpunkt gegeben? Höchstens bei der Teilung der Welt zwischen Spanien und Portugal durch das Heilige Edikt des Papstes von 1493. Wolle denn die vietnamesische Seite allen Ernstes das Beispiel Papst Alexanders VI. nachahmen? (54)

- Ferner gebe es zwar die Möglichkeit für ein Land, eine ganze Bucht in Anspruch zu nehmen oder aber sich die Bucht mit einem Nachbarn zu teilen. Bei der Konferenz über das neue Seerecht sei in der Tat auch eine "Liste der historischen Buchten" vom UN-Sekretariat ausgearbeitet worden, in der solche Fälle von Aufteilungen vorkommen. Ein so wichtiger Golf, wie der von Tonkin, befinde sich jedoch nicht darunter! Es sei ganz klar, daß Frankreich den Golf von Tonkin niemals als "historische oder territoriale Bucht" betrachtet hat.

- 1957 seien ferner zwischen China und Vietnam drei Fischereiabkommen unterzeichnet worden, denenzufolge Fischer der anderen Seite nur mit Genehmigung in die 12-sm-Zone des anderen eindringen durften. Im übrigen aber wurde der gesamte übrige Golf von Tonkin als gemeinsame Fischereizone beider Länder anerkannt. Von einer Zweiteilung des Golfs sei keine Rede gewesen!

- Im September 1964 gab die vietnamesische Regierung bekannt, daß sich ihre Territorialgewässer im Golf von Tonkin künftig auf 12 sm erstrecken sollen, und publizierte dazu auch eine Landkarte. Wenn - so die chinesische Argumentation - die Westhälfte des Golfs von Tonkin ohnehin "Territorialbucht" Vietnams war, wozu dann

noch eine 12-sm-Zone!? Die gleiche Frage lasse sich im Zusammenhang mit der Erklärung Vietnams vom 12. Mai 1977 stellen, in der Vietnam eine Anschlußzone von weiteren 12 sm und eine 200-sm-Wirtschafts-sonderzone deklarierte (55).

- Schließlich habe der vietnamesische stellvertretende Außenminister noch im Dezember 1973 erklärt, daß der Golf von Tonkin zwischen den beiden Nachbarländern bisher noch nicht abgegrenzt worden sei. Bei den Verhandlungen im August 1974 jedoch habe sich dann freilich ein grundlegender Stimmungswandel vollzogen, und die vietnamesische Seite habe nunmehr "völlig willkürlich" plötzlich von einer Zweiteilung des gesamten Golfs gesprochen. Überhaupt habe es vor 1974 im Golf keinerlei Probleme im Hinblick auf Schifffahrt, Fischerei und Forschung gegeben. Erst dann hätten die Probleme begonnen - ein Verschulden der Vietnamesen (56). Die "Seegrenze" sei nach alledem nur ein vietnamesisches "Hirngespinnst" (57). Von einer Teilung des Golfs von Tonkin könne m.a.W. keine Rede sein. Hier handle es sich vielmehr um eine in Zukunft auf dem Verhandlungsweg zu lösende Frage.

Die endgültigen chinesischen Vorstellungen wurden bei den Grenzverhandlungen im Oktober 1977 vorgelegt, und zwar in Form folgender Vorschläge: Maßgebend für die Abgrenzung im Golfgebiet sollten die chinesisch-französischen Grenzabkommen aus dem 19. Jhd. sein; soweit eine Seite Hoheitsrecht über ein Gebiet ausübt, das jenseits der historischen Linie liege, solle dieses Areal der anderen Seite ohne Vorbedingungen zurückgegeben werden; kleinere Differenzen sollten durch freundschaftliche Konsultationen entschieden werden, und schließlich solle anstelle der Abkommen aus dem 19. Jhd. ein neuer chinesisch-vietnamesischer Vertrag geschlossen werden (Näheres C.a., Mai 1979, S. 583).

Die vietnamesische Seite lehnte diese Vorschläge damals ab.

4.4. Zusammenfassung

Bei den Streitigkeiten um die Grenzziehung im Golf von Tonkin ist beiden Seiten gemeinsam, daß sie die zwischen der Qing-Dynastie und der französischen Kolonialregierung i.J. 1887 getroffene Vereinbarung nach wie vor für verbindlich halten. Sie unterscheiden sich jedoch vor allem in drei Punkten:

- Vietnam betrachtet den 108. Längengrad als maritime Grenze für den gesamten Golfbereich, während

Beijing diese Abgrenzung nur für die der Küste unmittelbar vorgelagerten Inseln gelten lassen will.

- Für Vietnam ist die maritime Grenze bereits 1887 endgültig und verbindlich gezogen worden, während Beijing davon ausgeht, daß eine solche Grenze erst noch in Zukunft durch vertragliche Verhandlungen festzulegen ist.

- Schließlich geht Beijing möglicherweise - genauso wie beim Südchinesischen Meer - davon aus, daß das gesamte Golfgebiet, mit Ausnahme der vietnamesischen 12-sm-Zone, zur VR China gehört.

5. Rechtliche Beurteilung

Beide Parteien bedienen sich bei ihrer Argumentation westlichen Völkerrechts. Ihre Ansprüche sind folglich auch nach dessen Maßstäben zu beurteilen, zumal beide Staaten auch nach ihrer "Befreiung" deutlich gemacht haben, daß sie kein sozialistisches Sonderrecht beanspruchten, sondern das allgemein geltende Völkerrecht - als Erscheinung des Übergangstadiums zum Sozialismus im weltweiten Stil - anerkannten.

5.1. Gebietserwerbsgründe

Nach geltendem Völkerrecht gibt es eine Reihe typischer Gebietserwerbsgründe, nämlich Okkupation, d.h. Inbesitznahme bisher staatsfreien Gebietes, Zession, Ersitzung, Adjudikation (Zuweisung durch Staatengemeinschaftsorgane) und Annexion (einseitige Erklärung aufgrund einer besonderen Rechtslage).

Im vorliegenden Fall kommt nach Lage der Dinge nur der erstgenannte Rechtstitel, nämlich die Inbesitznahme herrenlosen Landes, in Betracht; mit dieser Rechtsfigur laborieren denn auch beide Seiten, und auf ihre Tatbestandsmerkmale spitzen sie ihre Argumente zu. Gleichzeitig distanzieren sich beide von der zuletzt genannten "Annexion", da sie den Geruch von Krieg und Debellation an sich trägt, von dem beide Parteien nach ihrem sozialistischen Selbstverständnis nichts wissen wollen, und für die in der Tat auch kaum historische Ansatzpunkte vorliegen: Bei den militärischen Auseinandersetzungen um die Paracel-Inseln im Januar 1974 ging es ja nicht mehr um Annektierung aufgrund einer debellatio, sondern lediglich um "Wiederherstellung" einer angeblich seit unvordenklichen Zeiten bestehenden Souveränität. Beide Parteien kommen auch nicht mit der Stimson-Doktrin von der Nichtanerkennung gewaltsamer Gebietsveränderungen in Konflikt: Es handle sich ja nicht um "Veränderungen",

sondern nur um "Wiederherstellung"!)

Unter Okkupation versteht man völkerrechtlich die Inbesitznahme eines Gebiets, das entweder keiner Staatsgewalt unterworfen ist (res nullius) oder das von einem anderen Staat wieder aufgegeben worden ist (res derelicta).

Die Inbesitznahme kann in verschiedenen Formen erfolgen, je nachdem es sich um bewohnte oder nichtbewohnte, um bewohnbar oder nichtbewohnbare Gebiete handelt. Die vietnamesische Seite setzt sich mit diesen Formen auseinander (58) und weist darauf hin, daß eine "Entdeckung durch das chinesische Volk" für sich allein noch nicht als Inbesitznahme gewertet werden könne. Auch die "Theorie der fiktiven Okkupation" könne wohl kaum anerkannt werden, z.B. eine bloße Flaggenhissung, Errichtung einer Stele etc. Nur "effektive Okkupation" könne als wirklicher Titel anerkannt werden. Ausführungen dieser Art werden auch von der chinesischen Seite nicht angezweifelt und entsprechen übrigens auch der allgemein anerkannten Lehre. Notwendig ist also eine tatsächliche Herrschaftsausübung, die überdies von dem Willen getragen sein muß, das betreffende Gebiet als ständigen Bestandteil des eigenen Staates zu behandeln (animus domini). Eine nur vorübergehende Herrschaftsausübung im Sinne etwa einer peremptorischen wirtschaftlichen Ausnutzung für eine kurze Zeitdauer genügt nicht. Auch muß die Herrschaft vom Staat und nicht etwa nur von Privatpersonen ausgeübt werden. Verwaltungsbehörden, Marinestationen und Polizeitruppen sind dafür die besten Beweise. Schwierigkeiten bereitet ferner im Völkerrecht die Frage des territorialen Geltungsbereichs der Okkupation: Gilt also bereits ein ganzer Archipel als "okkupiert", sobald nur einmal die Hauptinseln in Besitz genommen worden sind?

5.2.

Wer hat die "herrenlosen" Inseln zuerst "okkupiert", China oder Vietnam? Argumente im Labyrinth der Geschichte

Was nun das Vordringen Chinas und Vietnams anbelangt, so behaupten beide Seiten, daß sie die beiden Archipelle zu einer Zeit in Besitz genommen hätten, als diese noch herrenlos waren, wobei China mit großer Geste bis in die Tang- (618-907) und die Song-Zeit (960-1279) zurückgreift, während sich die Vietnamesen etwas bescheidener mit dem frühen 18. Jhd. begnügen.

Chinas Argumentation erweist sich als wesentlich flächiger als die der Vietnamesen: "Spätestens" seit

der Tang- und der Song-Dynastie hätten Chinesen auf den beiden Archipelen gelebt und dort Fischerei und andere Produktionsarbeit betrieben. Seit der Nördlichen Song-Dynastie (960-1127) ließen sich die ersten Patrouillenfahrten der chinesischen Marine zu den Paracel-Inseln nachweisen. Während der Yuan-Dynastie sei eine staatliche astronomische Station auf den Paracel-Inseln eingerichtet worden (59) - die weiteren Argumente sind oben 3. bereits referiert worden.

Die Vietnamesen räumen zwar ein, daß chinesische Fischer - ebenso wie vietnamesische - seit Jahrhunderten auf den beiden Archipelen zwischengelandet seien; doch die Inbesitznahme durch einen Staat sei erst von den Nguyen-Herrschern des 18. Jhdts. betrieben worden, die feste Arbeitsgruppen Jahr für Jahr für einen Zeitraum von fünf bis sechs Monaten auf die Archipelle entsandten und deren Aufgabe es war, nicht nur zu fischen, sondern auch Zölle zu erheben und Patrouillen durchzuführen. Diese Maßnahmen seien seit Kaiser Gia Long noch systematisiert und gestrafft worden: Das vietnamesische Kaiserreich habe auf den Inseln Stelen, Tempel und Brunnen errichtet, habe Landkarten ausgearbeitet, Zölle erhoben und Bäume mit der Absicht gepflanzt, die Inseln für den allgemeinen Schiffahrtsbetrieb optisch deutlicher sich abheben zu lassen. Die französischen Kolonialherren hätten diese Politik fortgesetzt und auf den beiden Archipelen Leuchttürme sowie meteorologische Stationen eingerichtet und die lokalen Rohstoffe gefördert. Nach Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit habe die vietnamesische Regierung, wann immer nötig, ihre Souveränität deutlich gemacht (60).

Beide Seiten werfen sich gegenseitig vor, durch rechtswidrige Annexionsakte die seit Jahrhunderten bestehende chinesische bzw. vietnamesische Souveränität verletzt zu haben. Beijing betrachtet nach alledem die vietnamesische Okkupation auf den Spratly-Inseln als rechtswidrig, während umgekehrt Hanoi sowohl an die Adresse Beijings als auch Taibeis Aggressionsvorwürfe erhebt: Ersteres habe zu Unrecht - und zwar in zwei Schritten (1956 und 1974) - die Paracel-Inseln besetzt, letzteres die Hauptinsel des Spratly-Archipels, Itu Aba, die von den Chinesen Taiping, von den Vietnamesen Ba Binh genannt wird. Die von Beijing erhobenen Ansprüche auf sämtliche Spratly-Inseln seien ein weiterer Beweis für die Aggressionsabsichten der "Zhongnanhai-Imperialisten" gegen ganz Südostasien. Schon heute betrachteten

sie das gesamte Südchinesische Meer als ihr "mare nostrum" (61). Die Annexion eines Teils von Birma i.J. 1956 sei das erste Stadium dieses Expansionismus gewesen, die sich im gleichen Jahr in Form einer Teilbesetzung der Paracel-Inseln, 1974 in Form der Besetzung aller Paracel-Inseln und 1979 in Form eines Angriffs auf Vietnam fortgesetzt habe.

Vietnam konzentriert sich bei seinen Auseinandersetzungen mit der chinesischen Argumentation vor allem auf die Behauptung Beijings, daß auch die Spratly-Inseln von jeher unter chinesischer Administrativgewalt gestanden hätten. Von den neun "Fakten", mit denen China seinen Anspruch auf die beiden Archipelle begründet, bezögen sich nur zwei auf die Spratly-Inseln, nämlich einerseits jener oben bereits erwähnte Protest gegen das Eindringen eines deutschen Vermessungsschiffs und die Behauptung, daß Qianlichangsha und Wanlishitang mit Inseln des Spratly-Archipels identisch seien. Was jedoch das deutsche Schiff anbelangt, so sei es nie zu den Spratly-, sondern nur zu den Paracel-Inseln gekommen; die beiden zitierten Inseln hätten ebenfalls mit den Spratly-Inseln nichts zu tun (62).

Aber auch sonstige chinesische Rechtsargumente gingen ins Leere, so z.B. die Behauptung, daß die Besetzung der beiden Archipelle durch Guomindang-Truppen nach 1945 eine Wiederherstellung der chinesischen Souveränitätsansprüche gewesen sei. Die Guomindang-Soldaten seien vielmehr in rechtswidriger Weise vorgegangen: Aufgrund der Potsdamer Verträge hatten sie ja eigentlich die Aufgabe, alle nördlich des 16. Breitengrads in Vietnam stationierten japanischen Truppen zu entwaffnen - eine Aufgabe, die übrigens südlich dieser Linie den Briten oblag. Sie sollten also nicht im Namen Chinas, sondern im Namen der Alliierten handeln. Ihr Auftrag war es, die Japaner zu entwaffnen und nicht eine Verwaltung über Vietnam oder die vietnamesischen Archipelle zu errichten. Indem sie Truppen auf den Inseln anlandeten, überschritten sie ihre Mission und verletzten Vietnams Souveränität und territoriale Integrität. Auch im Friedensvertrag von San Francisco vom 8. September 1951 stand lediglich, daß Japan auf alle Rechte über die beiden Archipelle verzichte; ein Adressat dafür wurde nicht genannt; wer schon anders konnte in Frage kommen als Vietnam, das dort seit über 300 Jahren Herrschaft ausübte!? (63)

Schließlich verweise Beijing noch darauf, daß auf vietnamesischen

Landkarten und in vietnamesischen Schulbüchern die beiden Archipele als chinesisches Territorium bezeichnet waren. Zugegeben, hier seien "Irrtümer begangen worden", die u.a. mit der besonderen Situation des Widerstandskriegs gegen die amerikanische Aggression zusammenhängen; solche Irrtümer aber dürften nicht der vietnamesischen Regierung angelastet werden und hätten auch nichts zu bedeuten angesichts einer über 300jährigen tatsächlich ausgeübten Herrschaft im Archipelbereich (64).

5.3.

Die "formelle Wahrheit" führt zur Feststellung, daß die Status-quo-Eigentumsverhältnisse "rechtens" sind. Der letztlich politische Charakter des Maritimkonflikts

Was die Frage der Abgrenzung im Golf von Tonkin anbelangt, so wirken die chinesischen Argumente überzeugender.

Im Hinblick auf das Südchinesische Meer andererseits zeigen sich die "Okkupations"-Vorgänge so überlagert und vielschichtig, daß von der Geschichte her keine Entscheidung getroffen werden kann. Wer vom anderen die Herausgabe der Inseln verlangt, hätte theoretisch die Beweislast, der er aber angesichts der durchaus schwerwiegenden Einwände des Gegners nicht gerecht werden könnte. Die Gegenseite hätte allemal Fakten zur Hand, die das Res-nullius-Argument des anderen entkräften könnte.

Das Vorbringen der Parteien, das sich über die Jahre hin in ewig wiederkehrenden Repliken und Dupliken hinzog, wurde hier ja gerade deshalb so ausführlich und filigranhaft dargelegt, um zu zeigen, daß kein Gericht der Welt hier eine wirkliche Entscheidung über Recht und Unrecht treffen könnte.

Ein Prozeß würde also vermutlich kein einheitliches Urteil, sondern eher ein ganzes Kaleidoskop von Entscheidungen hervorbringen. Ganz generell würde jede dieser Entscheidungen darauf hinauslaufen, daß derjenige Staat, der eine Insel besetzt hält, sie auch zu Recht behalten darf - und zwar nicht deshalb, weil er sie als erster okkupiert habe (materieller Rechtsgrund), sondern deshalb, weil der Gegner, der die Herausgabe der Insel verlangt, seiner Beweislast nicht gerecht werden kann (formeller Grund). Die "formelle Wahrheit" würde also letztlich für die Berechtigung der heutigen Besitzstände maßgebend sein!

Es hieße hier offene Türen einrennen, wollte man betonen, daß es bei den Auseinandersetzungen um

die beiden Archipele nicht um juristische, sondern um politische Fragen geht. Parteien, die sich mit derart rituell-starren Einstellungen gegenüberstehen, wie derzeit China und Vietnam, werden kaum in der Lage sein, hier pragmatische Lösungen zu finden.

Hinterfragt werden könnte allenfalls der Anspruch Beijings auf das ganze Südchinesische Meer: Worauf stützt sich ein solches Verlangen, das mit anderen Erklärungen Chinas doch ganz unvereinbar zu sein scheint.

Die Widersprüche in Chinas Argumentation lassen sich folgendermaßen skizzieren:

Auf der einen Seite weist es die vietnamesischen Grenzvorstellungen im Golf von Tonkin mit Empörung zurück, da Vietnam auf diese Weise versuche, nicht weniger als "zwei Drittel des Territoriums des Tonkin-Golfs in seine expansionistischen maritimen Pläne einzubeziehen". Ein solches Vorhaben könne nicht geduldet werden (65). Auf der anderen Seite beansprucht China nicht etwa nur zwei Drittel, sondern praktisch drei Drittel des Südchinesischen Meeres und weist in dieser Hinsicht jeden "Expansionismus"-Vorwurf mit gleicher Empörung zurück!

- Auf der einen Seite besteht es auf dem Verhandlungs- und Konsultationsprinzip, auf der anderen pocht es seit 1973 auf das Einseitigkeitsprinzip, soweit nämlich die Ausdehnung der chinesischen Territorialgewässer im Südchinesischen Meer angesprochen ist.

- Auf der einen Seite verlangt China - wie im Golf von Tonkin - präzise Endpunkte, auf der anderen Seite aber läßt es seine "Anspruchslinie" nördlich der Philippinen enden, so daß offen bleibt, wo die Abgrenzung zwischen japanischen, koreanischen und chinesischen Küstengewässern verläuft.

- Auf der einen Seite fordert es zwar für die Dritte Welt eine exklusive Wirtschaftszone von 200 sm, verweigert jedoch anderen Staaten in seiner Nachbarschaft, z.B. den Philippinen, Malaysia und Vietnam, solche Zone mit dem Hinweis, daß hier ausschließlich die VR China das Reden habe.

Die Abgrenzungsprobleme können letztlich nicht juristisch, sondern nur politisch - d.h. im Verhandlungsweg - gelöst werden, es sei denn, daß die Beteiligten nach wie vor auf eine militärische Lösung aus sind, in die am Ende vielleicht auch die Sowjetunion und die USA einbezogen werden könnten und von der nicht gerade

Vorbildwirkungen für die Dritte Welt ausgingen!

Eine für den außenstehenden Beobachter nach Lage der Dinge adäquate Lösung wäre es, wenn alle Beteiligten den heutigen Status quo belieben. China bliebe dann im Besitz der seinem Festlandsterritorium relativ naheliegenden Paracel-Inseln, während Vietnam den Zugriff auf die meisten Spratly-Inseln hätte, die vom chinesischen Kontinent ja fast 1.500 km entfernt liegen, während es von den Spratly-Inseln bis nach Vietnam hinüber nur etwa 400 km sind. Zugegeben: Die Spratly-Inseln wären ein besserer "schwimmender Flugzeugträger" für das "chinesische Gibraltar" - doch läßt sich auch von den Paracel-Inseln aus immer noch beträchtliche Kontrolle ausüben!

Solange der sino-vietnamesische Konflikt andauert, wird es freilich kaum eine Regelung geben: Beide Seiten halten ihre Optionen offen, um kein Verhandlungspfand aus der Hand zu geben. Vietnam wird nicht zuletzt auch versuchen, die Sowjetunion - im Falle des Falles - für ein Verteidigungsengagement zugunsten der vietnamesischen Spratly-Ansprüche zu gewinnen - und China wird im Hinblick auf eine solche Möglichkeit, nicht zuletzt aber auch mit Rücksicht auf sein Image in der Dritten Welt, von einem militärischen Angriff absehen. Der Status quo wird also auch im Zeitalter des Kalten Kriegs beibehalten werden und wäre dann eines Tages, wenn sich der bilaterale Konflikt beruhigt, auch durch völkerrechtliche Abmachungen festzuschreiben.

Die in der Status-quo-Option liegende Vernunft dürfte übrigens auch Vietnam davon abhalten, andere Mitkonkurrenten auf den Spratly-Inseln, nämlich malaysische, philippinische oder aber die taiwanesischen Einheiten auf Itu Aba, anzugreifen - vor allem im letzteren Fall würde die VR China wohl kaum ruhig im Abseits stehen.

Der Grenzstreit ist Teil eines weiter ausgreifenden politischen Fragenkomplexes, nicht zuletzt auch der Emotionen, die zwischen China und Vietnam hochgekommen sind.

Im Spratly-Archipel hat Vietnam gegenüber China klare geographische und militärische - vor allem logistische - Vorteile und ist hier insofern unverwundbarer als im Bereich der Paracel-Inseln - dies erst recht dann, wenn es auch noch auf sowjetische Hilfe zurückgreifen kann.

Nicht zuletzt wegen des Archipel-

Konflikts darf man davon ausgehen, daß Vietnam und China in den nächsten Jahren ihr Augenmerk auf einen schnellen Ausbau ihrer Marinestreitkräfte wenden: freilich nicht, um sich gegenseitig weitere Inseln abzujagen, sondern um den Status quo zu sichern.

6. "Politik an erster Stelle"

6.1. Aus der Sicht Chinas

Für China haben die Archipele eine mehrfache Bedeutung:

- Da sind zunächst strategische Überlegungen: Der Hauptschiffahrtsweg zwischen Indik und Pazifik verläuft durch die Malakka-Straße und durch das Südchinesische Meer. Insofern kommt dem letzteren eine weltpolitische Dimension zu, deren Brisanz noch dadurch erhöht wird, daß sich die Sowjetunion seit 1978 an der vietnamesischen und kambodschanischen Küste Basen gesichert hat und daß die Dichte der sowjetischen Marinewebungen von Jahr zu Jahr zunimmt. Das Südchinesische Meer wird, so gesehen, zu einer Art "chinesischem Gibraltar", auf dessen mögliche Gefahrenwirkung die Sowjetunion nicht zuletzt deshalb so empfindlich reagiert, weil ihre Flotten sowohl in Europa als auch in Ostasien überall "eingesperrt" sind - dort durch die skandinavischen Barrieren, hier durch die vorgelagerten japanischen Inseln. Die Sowjetunion braucht also - koste es, was es wolle - Entlastungshäfen in Südostasien, steht aber angesichts der chinesischen Ansprüche auf das Südchinesische Meer nun auch hier vor jederzeit verschließbaren Türen, sobald China nur einmal seine Fähigkeit zur Kontrolle der Durchfahrtwege entwickelt hat.

- Ferner ist das Südchinesische Meer eine Rohstoffbasis, aus der sich Öl, Gas und Guano, aber auch Protein für die Ernährung der wachsenden chinesischen Bevölkerung gewinnen lassen - nicht zuletzt aber ist das Südchinesische Meer ein Druckmittel gegenüber den Staaten in der Region, die z.B. durch Transportausschlußdrohungen schnell zur Raison gebracht werden könnten. Schon heute zeigt das Verhalten Chinas gegenüber dem "aufsässigen" Vietnam ("Wie können sie es wagen!?"), welches "Erziehungspotential" hier vorhanden ist.

6.2. Aus der Perspektive Vietnams

Die Interessen Vietnams verhalten sich in etwa komplementär zu diesen chinesischen Überlegungen: Da ist einmal das Interesse an Bewegungsfreiheit im maritimen Vor-

feld, die für Vietnam als *conditio sine qua non* für die Bewahrung seiner Selbständigkeit gegenüber China gilt; da sind ferner die Rohstoffvorräte im Südchinesischen Meer und da ist nicht zuletzt die China-Allergie - ja Verfolgungsangst: Welchen Gebrauch wird China eines Tages von seiner Vorherrschaft im Südchinesischen Meer machen?

P.J.Honey meinte schon im März 1974: "Wie hoch auch immer die Kosten und Schwierigkeiten sein mögen, die den Südvietnamesen durch die chinesischen Operationen zugefügt wurden, sie sind leicht im Vergleich zu dem Kopfzerbrechen, das sie den vietnamesischen Kommunisten bereiten. Es gehört mit zu den Grundinstinkten jedes Vietnamesen, ob er nun im Norden oder im Süden wohnt, ob er sich zum Kommunismus oder Antikommunismus bekennt und ob er katholisch oder buddhistisch ist, gegen die Chinesen äußerstes Mißtrauen zu hegen... Jeder Vietname ist fest davon überzeugt, daß China expansionistisch ist und daß das Hauptziel des chinesischen Expansionismus Vietnam ist" (66). Die Besetzung der Paracel-Inseln wird unter diesen Gesichtspunkten von den meisten Vietnamesen als eine chinesische Umklammerungsaktion angesehen.

Vietnam weiß ferner, daß der chinesische Souveränitätsanspruch in jedem Fall politische Auswirkungen hat. Wohl kaum eine westliche Ölgesellschaft würde es beispielsweise wagen, Probebohrungen für andere Länder als für China in einem Gebiet durchzuführen, das von China beansprucht wird. Ohnehin bekäme eine solche Firma von ihrer Regierung keine politische Risikogarantie. Da das Südchinesische Meer und der Golf von Tonkin aber Explorationsgebiete sind, ist damit bereits ein Großteil aller möglichen denkbaren Aktivitäten lahmgelegt. Nur die Sowjetunion kann es wagen, den Chinesen hier die Stirn zu bieten. Auch im Schiffsverkehr wird kein Staat der Welt daran vorbeikommen, den chinesischen Ansprüchen Gehör zu schenken; dies gilt auch für die Sowjetunion, die nun ausgerechnet in der "Höhle des Löwen", nämlich in der Cam-Ranh-Bucht, eine Marinbasis eingerichtet hat. Solange Vietnam seine sowjetfreundliche Basenpolitik weiterbetreibt, wird es mit keinem chinesischen Entgegenkommen in den maritimen Streitfragen rechnen können. Da auch keine gerichtliche Entscheidung angestrebt wird, ist damit zu rechnen, daß die Archipel- und die Golf-Probleme Dauerbrenner im chinesisch-vietnamesischen Konflikt bleiben.

Anmerkungen:

- 1) RMRB, 23.3.79; XNA, 22.3.79.
- 2) VNA in SWB, 19.3.79.
- 3) VNA in SWB, 27.2.84.
- 4) VNA in SWB, 19.3.79.
- 5) Näheres bei Oskar Weggel, "China und das neue Seerecht. Von der *res nullius* zur *res communis*", C.a., Oktober 1974, S.606-618 (612).
- 6) People's China 1956, Nr.13, S.25.
- 6a) Genaugenommen wird bereits die Erklärung Zhou Enlais vom 15.August 1951 vom heutigen Hanoi als "erstmalige Enthüllung der Beijinger Ambitionen im Südchinesischen Meer" bezeichnet (VNA in SWB, 24.1.84). Dieser Erklärung sei dann eine "umfassende Mobilisierung" chinesischer Juristen, Historiker, Schriftsteller, Poeten, Journalisten, Kameramänner und sogar Archäologen gefolgt, die eine wahre Inflation von "Beweisen für die chinesischen Besitzansprüche" produziert hätten (ebenda).
- 7) FBIS, 20.5.77, S.K 1 f.
- 8) Ebenda, S.2.
- 9) Im einzelnen dazu BRu 1980, Nr.7, S.15 f.
- 10) VNA in SWB, 7.1.82.
- 11) Angeführt von VNA in SWB, 7.1.82.
- 12) VNA in SWB, 20.1.82.
- 13) Näheres in VNA, SWB, 20.1.82.
- 14) VNA in SWB, 13.1.82.
- 15) So z.B. bereits RMRB, 25.11.75.
- 16) Näheres C.a., Oktober 1976, Ü 42.
- 17) VNA in SWB, 13.1.82.
- 18) Und RMRB, 25.11.75.
- 19) Ebenda.
- 20) Näheres in BRu 1980, Nr.7, S.22 f.
- 21) VNA in SWB, 20.1.82.
- 22) VNA in SWB, 9.1.82.
- 23) Weißbuch des Außenministeriums vom 18.1.82, VNA in SWB, 20.1.82.
- 24) XNA, 31.1.80.
- 25) VNA in SWB, 7.1.82.
- 26) So u.a. geschildert in GMRB, 24.11.75; RMRB, 25.11.75.
- 27) VNA in SWB, 8.1.82.
- 28) VNA in SWB, 7.1.82.
- 29) XNA, 15.9.83; VNA in SWB, 9.9.83.
- 30) XNA, 31.1.80.
- 31) Ebenda.
- 32) Ebenda.
- 33) Hongkong Standard in SWB, 23.11.82.
- 34) RMRB, 12.2.82.
- 35) RH in SWB, 17.2.82.
- 36) XNA, 15.6.83.
- 37) ST, 24.5.84.
- 38) VNA in SWB, 8.1.82.
- 39) VC 1984, Nr.1, S.3.
- 40) Ebenda.
- 41) VNA in SWB, 8.1.82.
- 42) RMRB, 20.1.74.
- 43) Ähnlich in RMRB, 29.7.77.
- 44) VC 1984, Nr.1, S.3.

- 45) Ebenda, S.4.
- 46) VNA in SWB, 24.1.84 und - besonders ausführlich - VNA in SWB, 8.1.82.
- 47) VNA in SWB, 9.1.82.
- 48) XNA, 24.4.83; Dagong Bao, 28.4.83.
- 49) VNA in SWB, 4.6.84.
- 50) Weißbuch des vietnamesischen Außenministeriums vom 18.1.82

- 51) Souveränität und territoriale Integrität seien heilige Fragen einer jeden Nation. Aus der Geschichte hinterbliebene Differenzen mit Nachbarstaaten bedürften eines tiefgreifenden Studiums und müßten im Geiste der Gleichheit, des gegenseitigen Respekts, der Freundschaft und guten Nachbarschaft durch Verhandlungen gelöst werden.
- 52) Embassy of the SRV, Bonn, Press Release No.07/84.
- 53) XNA, 12.5.79.
- 54) GMRB, 2.12.80.
- 55) Ebenda.
- 56) Ebenda.
- 57) XNA, 12.5.79.
- 58) VNA in SWB, 9.1.82.
- 59) XNA, 31.1.80.
- 60) VNA in SWB, 7.1.82.
- 61) VNA in SWB, 9.1.82.
- 62) Ebenda.
- 63) Ebenda.
- 64) VNA in SWB, 11.1.82.
- 65) GMRB, 2.12.80.
- 66) CNA, Nr.953, S.6.

*
*
*
*
*
*
*
*

ERHARD LOUVEN

Chinesische Wirtschaftsterminologie: Definitionen und Kompatibilitätsprobleme Teil V *)

*
*
* * * * *

1. Vorbemerkung

Mit der Durchsetzung der chinesischen Wirtschaftsreform, die im wesentlichen auf die Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse ausgerichtet ist, erhält die Steuerung durch ökonomische Mittel eine besondere Bedeutung. Ein Hauptmedium, mit dem ökonomisch gesteuert werden kann, ist Geld. Es war daher nicht verwunderlich, daß die Wirtschaftsreformer in der Volksrepublik auch dem Banken- und Finanzwesen ihre besondere Aufmerksamkeit schenken. Mit dem Übergang vom Zuweisungssystem auf das Kreditsystem für die monetäre Alimentierung der großen Betriebe erhielt das Bankensystem eine so wichtige Stellung und wird auch

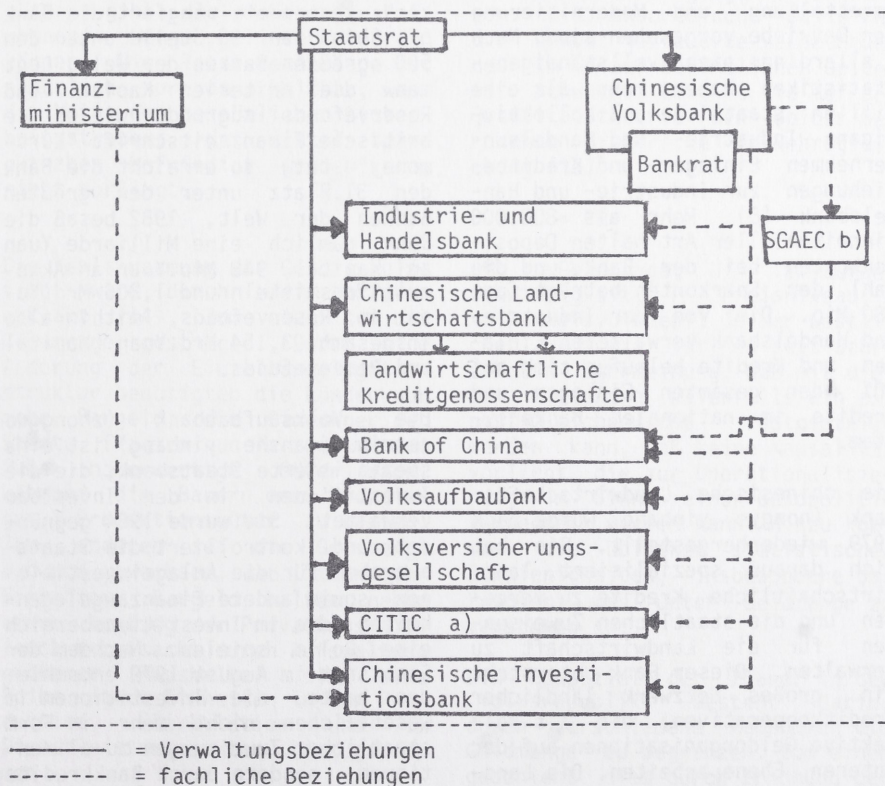
seine Funktion soweit verändern, daß eine institutionelle Reform angezeigt schien. Die Banken sind heute nicht mehr nur Zahlstellen der Ministerien und anderen höchsten Staatsorgane, sondern erfüllen Aufgaben sui generis.

2. Die Organisation des chinesischen Bankenwesens

Mit der "Entscheidung des Staatsrates betreffend die Spezialisierung der Volksbank auf Zentralbankfunktionen", datierend etwa von Oktober 1983, begann die Reform des chinesischen Bankenwesens (1). Die Chinesische Volksbank (zhongguo renmin yinhang) gründete ein Komitee, das die Beziehungen zu den verschiedenen Spezialbanken regeln und Zwistigkeiten zwischen den verschiedenen Banken regeln soll. Das Schaubild "Organisation des chinesischen Bankenwesens" gibt einen Überblick über die fachlichen und Verwaltungsbeziehungen zwischen Staatsführung und Bankenapparat.

Wichtigste Reformmaßnahme ist die Aufspaltung der Volksbank in die Zentralbank (zhongyang yinhang), die jedoch den Namen Chinesische Volksbank (zhongguo renmin yinhang) erhält bzw. beibehält, und Spezialinstitute, deren wichtigstes die Industrie- und Handels-

Schaubild:
ORGANISATION DES CHINESISCHEN BANKENWESENS



a) China International Trust and Investment Corporation
b) State General Administration of Exchange Control